

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werkthätigen Volkes.

Abonnementsspreis pro Monat inkl. Bringerlohn 70 Pf., bei Selbstabholung 60 Pf.; mit der illustrierten Wochenbeilage „Neue Welt“ inkl. Bringerlohn 85 Pf., bei Selbstabholung 70 Pf. — Durch die Post bezogen (Postzeitungsliste Nr. 4668) vierteljährlich 2,10 M., für 2 Monate 1,40 M., für 1 Monat 70 Pf. zzgl. Versandgeld.

Redaktion:  
Dr. Bruno Schenck.

Interessenten werden die 5gesparte Zeitzeile oder deren Raum mit 25 Pf., für Gewerkschaften, politische und gemeinnützige Vereine mit 20 Pf. berechnet. Schwerer Soh nach höherem Tarif. — Der Betrag ist im vorans zu bezahlen. — Schluss der Annahme von Interessenten für die nächste Nummer ist 9 Uhr. — Ausgegebene Interessenten können nicht wieder zurückgezogen werden.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag und Expedition: Tauchaer Straße 19/21. Geschäftstags 8—12 und 2—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen. Redaktion: Tauchaer Straße 19/21. Sprechstunde 8—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen. — Telefon: Nr. 2721. Telegrammadresse: Volkszeitung Leipzig.

## Ein Unbefriedigter.

\* Leipzig, 15. Januar.

Noch am Grabe pflanzte er die Hoffnung auf, das höchste Staatsamt zu erklimmen und so der Welt zeigen zu können, daß auch in Deutschland ein ehemaliger Republikaner, Kommunist und Bauerauführer zum ersten Beamten der Monarchie aufsteigen könne, wie er, der sehr ehrgeizige und wandlungsfähige Johannes von Miguel.

Das Glück war ihm hold; aber es blieb nicht traurig an das Ende. Der Reichskanzlerposten, das höchste Ziel seiner Wünsche, bleibt ihm versagt. Nun ist er plötzlich müde geworden, der notgedrungene Verzicht macht ihn, den Jähresten unter den Strebern, müde. Er will gehen.

Die Laufbahn dieses Mannes zieht sich durch drei bedeutende historische Zeittabschnitte Deutschlands: die Revolutionsperiode 1848 bis 1849, die Zeit des deutsch-französischen Krieges, mit der nachfolgenden Gründung des deutschen Reiches und die Gewaltherrschaft des Sozialistengesetzes, zugleich die Zeit des ersten und des zweiten Kanzlerwechsels. Im ersten Abschnitt ist er der jugendlich stürmende Revolutionär, der von der Hilfe aufzuwiegelnder Bauern eine gründliche politische Umgestaltung Deutschlands erhoffte. Sein überradikaler Thatendrang offenbarte eine revolutionäre Schwärmerei, wie sie bei Studenten jener Zeit vielfach hervortrat, ohne indes eine gefestigte Grundanschauung zu verraten. Es ist außer seinen bekannten Briefen, in denen er zur Baueraufwiegelung rät, auch nichts besonderes Nennenswertes aus jener Zeit von ihm zu finden. Als Nominius und Nepuhius ist er einer unter vielen.

Wie mancher andere hat dann in der Reaktionsperiode auch er, der thatenstürmige Nebell, seine Gesinnung revidiert, er tritt in den Kommunalen Dienst und avanciert hier ziemlich schnell. Im Nationalverein, dem Vorläufer der nationalliberalen Partei, huldigt er Mitte der 60er Jahre großdeutschen Ideen — natürlich ohne republikanische Tendenzen, vielmehr unterstützt er die Politik Bismarcks — so daß er sich zur Zeit des deutsch-französischen Krieges bereits als ein preußisch-deutscher Patriot reinster Wassers von seinen revolutionären Jugendschwärmereien gereinigt hält und mit der üblichen Blasiertheit eines Renegaten auf seine Sturm- und Drangperiode zurückblicken darf. Jetzt fühlt er sich endlich

reif, sein Glück zu machen, das nicht lange auf sich warten läßt.

Als Vorsteher von Bürgermeistereien hatte er eine beachtenswerte Verwaltungsexperiens erlangt, die er im politisch-parlamentarischen Leben zu seinen Gunsten zu verwerten trachtete. Er wußte auch sehr wohl, daß ein armer Teufel meist einschlüssig bleibt, daß die materiellen Sorgen des Lebens ehrgeizige Streber nur am Boden kriechen lassen, wogegen die Macht des Goldes nach „oben“ treibt. Keine günstigere Zeit und Gelegenheit gab es aber für Leute, die, wie Miguel, schnell reich werden wollten, als die auf den Krieg mit Frankreich folgende blutige Gründerperiode. Miguel wurde von Otto Glagau, Dr. Rudolf Meyer u. a. in ihren Streitschriften gegen das Gründer- und Hobbertum zu den blutigsten Gründern gezählt. In seiner Schrift: „Politische Gründer und die Korruption in Deutschland“ schreibt Dr. Rudolf Meyer 1877: „Miquel war u. a. Direktor der Provinzial-Diskontogesellschaft, der Dortmunder Union, der St. Gotthard-Eisenbahn — lauter verschwindelte Gesellschaften.“ Lebzigens war er 1870 schon Geschäftsinhaber der Diskontogesellschaft, aus der er zwar 1873 als Mitinhaber ausschied, aber dafür von dem Hauptmacher, Hansmann, zum Vorsitzenden des Aufsichtsrates dieser Geldverbindungsgeellschaft gemacht wurde. Zu dieser Zeit war Miguel schon ein „gemachter Mann“, der seine parlamentarische Stellung in finanziell nicht hoch genug zu schätzender Weise für jene Gesellschaft ausgenutzt hatte.

Mit vollen Toxiken zog er sich dann, als der große Krach und der Preßfeldzug gegen die Gründer kam, zurück und trat wieder in den Kommunalen Dienst, bis er im Jahre des Heils 1890 seinen Oberbürgermeisterposten in Frankfurt a. M. zum Finanzminister für Preußen berufen wurde. Endlich hatte er erreicht, was er mit seinem politischen Freunde, Rudolf von Bennigsen, unter Bismarck vergeblich ersehnte.

Der ehrgeizige Millionär fühlte sich schon völlig sicher, als ihm der Kaiser Wilhelm II. gelegentlich sagte: „Sie sind mein Mann!“ Was konnten ihm nun noch seine „Jugendfreunde“ schaden? Als Nationalliberaler war er Ministerkandidat für die erwartete Regierungsperiode Friedrichs III., die aber zu kurze Zeit dauerte, um den Traum zu verwirklichen. Herr Johannes Miguel mußte auch anders können, wollte er vorwärts kommen. Und er konnte anders, und es gelang. Von jetzt ab strebte er offensichtlich danach, den Kanzlerposten des

Reiches zu erringen. „Nun aber weiter!“ war auch seine Lösung.

Herr Johannes Miguel dachte ernst darüber nach, wie man es weiter bringen könnte. Vor allem mußte er, um sein Ziel zu erreichen, seine Partei verleugnen. Und er tat es. Er brüskierte die Nationalliberalen im preußischen Landtag, wo er nur konnte und ließ sie, die gerade von ihm die Erfüllung ihrer Wünsche erhofften, gründlich aussöhnen. Bitter schaute die Mitglieder jener Streberpartei auf den füchtigen Hahnenschläger, — der schlauer als sie — seine Stellung durch Ablehnung an die Junkerpartei zu befestigen suchte. Er unterstützte bald den Kampf der Junker gegen den Reichskanzler Caprivi, hoffend, nach dessen Sturz das so heim ersehnte Ziel zu erreichen. Als das Junkertum im Kampf gegen den Kanzler „ohne Kr und ohne Hahn“ Erfolg hatte, war jedoch die Verwirrung noch nicht so hoch gestiegen, daß es der Kaiser mit seinen hoch aristokratischen Anschauungen hätte vereinbar finden können, Herrn Miguel, obgleich er sein „Mann“ war, auch zu seinem Kanzler zu machen.

Umsonst war die Schilderhebung der bürgerlichen Presse. Es kam Durchlaucht Chlodwig, Fürst zu Hohenlohe-Schillingsfürst, Prinz von Ratibor und Corvin. Leute bürgerlicher Herkunft sind im Verkehr mit hohen Herrschaften an das Warten gewöhnt. Und Miguel fühlte sich kräftig genug, noch warten zu können. Lange konnte ja die Kanzlerschaft des alten Hohenlohe nicht dauern! Um sie abzukürzen, konnte überdies manches geschehen. Und wie oft hat das preußische Ministerium seinen Ministerpräsidenten, den gleichzeitigen Reichskanzler Hohenlohe, in Verlegenheiten gebracht! Im Reichstag hatte der Kanzler das Versprechen abgegeben, das Verbot des Inverbindungsrettes politischer Vereine würde aus den Vereinsgesetzen der Einzelstaaten getilgt. Im preußischen Landtag beschwore der Minister des Innern unter dem Beifall des gesamten Junkertums dies Versprechen des Kanzlers durch die Einbringung der bekannten Vereinsgesetze — genannt: das kleine Sozialistengesetz — die im preußischen Ministerium mit Hilfe Miquels durchgedrückt worden war.

Die Verwirrung stieg aufs höchste. Ein Entrüstungssturm brauste durch das Reich — Hohenlohe war heillos blamiert; sein Abgang schien unausbleiblich. Aber wer sollte an seine Stelle treten? Wer hätte bei der verfahrenen Situation damals wohl gerne Nachfolger Hohenlohes werden wollen? Schon wurde in der Presse

## Seuilleton.

Nachdem verboten.

### Rot und Schwarz.

Von Stendhal (Henri Beyle).

Julian war von dem befehlenden Ton, mit dem sie die Worte: Sie dürfen nicht, gesagt hatte, beleidigt. Auch Ludwig XV. war in der letzten Minute seines Lebens von dem Wort müssen sehr verlegt, das von seinem ersten Arzt ungeschickterweise ausgesprochen worden war, und Ludwig XV. war gleichwohl kein Emporkommeling.

Eine Stunde später überbrachte ein Lakai Julian einen Brief; es war ganz einfach eine Liebeserklärung.

Es ist gar nicht zu viel Überschwänglichkeit in dem Stil, sagte sich Julian, indem er durch seine litterarischen Randbemerkungen die Freude einzudämmen suchte, die seine Wangen glühen machte und ihn gegen seinen Willen zu einem fröhlichen Lachen zwang.

Endlich, rief er plötzlich, denn die Leidenschaft war zu heftig, um eingedämmt werden zu können, endlich habe ich, ein armer Bauer, doch eine Liebeserklärung von einer großen Dame bekommen!

Wir kann das nicht unangenehm sein, setzte er hinzu, indem er seine Freude so viel als möglich im Baume hielt. Ich habe die Würde meines Charakters zu wahren gewußt. Ich habe nie gesagt, daß ich liebe. Er begann die Form der Schriftzüge zu studieren; Fräulein von la Mole hatte eine hübsche, kleine englische Schrift. Er bedurfte einer Beschäftigung mit Neuerlichkeiten, um sich von einer Freude abzulenken, die an Rätsel grenzte.

„Ihre Abreise verpflichtet mich, zu sprechen. . . Es würde über meine Kräfte gehen, Sie nicht mehr zu sehen.“

Ein Gedanke begann ihn wie eine Offenbarung zu erfassen. Er ließ den Brief sinken. Seine Freude verdoppelte sich. Ich trage den Sieg über den Marquis von Croisenois davon; ich, der ich nur über ernste Dinge spreche! Und er ist so hübsch! Er hat einen Schnurrbart, eine entzückende Uniform; er weiß immer etwas zu sagen, stets findet er in passenden Augenblick ein geistreiches und passendes Wort.

Julian schwieg einen Augenblick in Wonne; er irrte aufs Geratewohl närrisch vor Glück im Garten umher.

Später stieg er in sein Bureau hinauf und ließ sich bei dem Marquis von la Mole anmelden, der glücklicherweise nicht ausgegangen war. Er überzeugte ihn durch einige aus der Normandie eingelauftene Papiere leicht, daß ihn die Wichtigkeit der normannischen Prozesse zwinge, seine Abreise nach der Languedoc zu verzögern.

„Ich bin sehr erfreut, daß Sie nicht abreisen,“ sagte der Marquis, als sie ihre geistlichen Besprechungen beendet hatten, „ich sehe Sie gerne bei mir.“ Julian ging, dieses Wort brachte ihn in Verlegenheit.

Und ich, ich bin daran, seine Tochter zu versöhnen! Vielleicht diese Heirat mit dem Marquis von Croisenois unmöglich zu machen, die das ganze Glück seiner Zukunft ist: wenn er nicht Herzog ist, so wird seine Tochter doch zum mindesten auf den Herzogsthron steigen. Julian sah auf den Gedanken, trotz des Briefes von Mathilde, trotz der dem Marquis gegebenen Erklärung nach der Languedoc abzureisen. Dieser Funken von Pflichtgefühl erlosch aber sehr rasch.

Wie dumm bin ich, sagte er sich, daß ich, der Plebejer, Mitleid fühle für eine Familie von diesem Range! Ich, den der Herzog von Chantres einen Dienstboten nennt!

Wie vermehrt der Marquis sein ungeheures Vermögen? Indem er Renten faust, wenn er im Schlosse erfährt, daß es am anderen Tag wahrscheinlich einen Staatsstreich giebt. Und ich, den eine steinmüterliche Vorziehung in den letzten Rang geworfen hat, ich, dem sie ein edles Herz und keine tausend Franken Rente gegeben hat; ich soll einen Genius zurückkehren, der sich mir bietet! Eine klare Quelle, die kommt, meinen Durst in der brennenden Wüste zu löschen! Meiner Freu, ich bin nicht so dumm, jeder denkt an sich in dieser Wüste des Egoismus, die man das Leben nennt.

Und er erinnerte sich einiger von Geringsschätzung erfüllter Blicke, die Frau von la Mole und besonders „die Damen“, ihre Freindinnen auf ihn geworfen hatten.

Das Bergmünzen, über den Marquis von Croisenois zu triumphieren, daß das übrige, um seine tugendhaften Bedenken zu zerstören.

Wie ich wünschte, daß er sich ärgern möge! sagte Julian; mit welcher Genugthuung würde ich ihm jetzt einen Degenstich versetzen; und er machte die Bewegung eines Sesondestoßes. Vor diesem Briefe war ich ein Schulmeister, der sein bisschen Mut schmälich verhütt. Nach diesem Briefe bin ich ihm gleich gestellt.

Ja, sagte er sich mit einer unendlichen Lust und jedes Wort langsam ansprechend, ja, die Verdienste des Marquis und die meinen sind gewogen worden und der arme Zimmermann aus dem Dura hat obgesiegt.

Gut! rief er aus. In diesem Sinne will ich antworten. Denken Sie nicht, Fräulein von la Mole, daß ich meinen Stand vergesse! Ich werde Ihnen begreiflich und fühlbar machen, daß es der Sohn eines Zimmermannes ist, dem Sie einen Nachkommen des berühmten Gut de Croisenois, der dem heiligen Ludwig auf dem Kreuzzuge folgte, hinterlassen.

der eventuelle Rücktritt Hohenlohes besprochen, schon riet sie wieder auf Miguel.

Zu der That bot jener reaktionäre Hexensabbat von 1897 die günstigsten Aussichten für Miguel; jetzt erschien er als der Unentbehrliche, der Alleskönner, dessen Geschäftlichkeit die Junker befähigen und die öffentliche Meinung beruhigen könne. Aber auch diese Gelegenheit schwand. Hohenlohe blieb noch drei Jahre, freilich nicht ohne die Maulwurfsarbeit des unermüdlichen Ministerialen. Der Kampf um die Kanalvorlage im preußischen Abgeordnetenhaus und die Rolle, die Miguel in ihm spielte, ist bekannt.

Am 17. Oktober 1900 ging der alte Hohenlohe, mußte er gehen. Aber er scheint wenigstens noch das Seine dazu beigetragen zu haben, Herrn von Miguel den Aufstieg auf den Kanzlerposten zu verleihen. An Johannes Miguel wurde beim letzten Kanzlerwechsel nicht mehr gedacht, selbst die Presse riet nicht mehr, wie früher, auf ihn. Das war schrecklich.

Der junge Bülow trat an die Stelle des alten Hohenlohe. Das machte seine Aussichten noch schlechter. Zeit beginnt das Alter mit seinen Stümmern den Unbefriedigten zu drücken. Wie darf er hoffen, den jungen Bülow jemals noch abzulösen? Ohne große Not wird ein Kanzlerwechsel so schnell nicht vollzogen. So schnell können und werden auch die etwaigen junferlichen Neider und Widersacher Bülows seinen Sturz nicht betreiben. Letzterer Wechsel discreditiert das Amt; Stabilität der Minister wirkt reaktionär. Und Miguel zu lieben greifen die Junker jetzt nicht an die Kanzlerwürde. Und so geschieht das sonst Unbegreifliche. Herr von Miguel selbst mordet sein Ministerdasein und sehnt sich nach dem Altenstübchen.

Biel echte Leidtragende wird er nicht finden; sein Charakterbild wirkt nicht anziehend und das Volk hat keine Ursache, um den Mann zu trauern, der als Revolutionär begann, um als Liberaler fortzusehen und als Reaktionär zu enden.

—y—

## Politische Übersicht.

Die „Innere Woche“.

Aus dem Reichstage wird uns vom 11. Januar geschrieben:

Von der „inneren Woche“ wird dem Grafen Posadowsky wohl kein Tag geschenkt werden. Heute am dritten Tage der zweiten Sitzung des Etats des Reichsamts des Innern wurde die Debatte über Sozialpolitik ununterbrochen fortgeführt, und noch sind etwa anderthalb Dutzend Redner an dem Posten „Gehalt des Staatssekretärs“ vorgemerkt. Den Löwenanteil an der Diskussion hatten wieder unsere Genossen. Hoch und Horn behandelten in ausgedehnten Reden die verschiedenen Fragen der Sozialpolitik. Horn mit besonderer Berücksichtigung der Zustände in der Glasfabrikation. Hoch unterzog die gesamte sozialpolitische Tätigkeit des Reichsamts des Innern einer gründlichen Kritik. Er wies das Ungehorsam, mit dem diese Fragen von der Bureaucratie behandelt werden, an einer Reihe von Beispielen, besonders an den Erfassen über den Bauarbeitersturm, nach und tadelte die vorbereitenden Schritte für die Reform des Krankenfassengesetzes mit solchem Temperament, daß er sich von dem nationalliberalen Vizepräsidenten Büsing, der sich offenbar ganz als Nachfolger Schmidts-Eberle fühlt, einen Ordnungsruß zuzog. Auch bei der Rede unseres Genossen Horn schien der Präsident — es war Graf Ballerstedt — nicht über Lust zu einem Eingriff zu haben. Unser Redner sprach verschiedentlich von den Zuständen in den Glashütten der katholischen Pfalz. Das Wort katholisch aber wirkt auf den Grafen Ballerstedt, der ja wohl auch Hammerherr des Papstes ist, immer sehr stimulierend, und der alte Herr legte die Hand ans Ohr, um ja nicht etwa eine Läuterung zu über hören. Dazu lag aber wirklich kein Anlaß vor.

Die bürgerlichen Parteien haben offenbar die stillschweigende Parole ausgegeben, die 12 000 M.-Affaire zu verschärfen. Herr Gise erklärte sie feierlich für tot und begraben, aber sein Exorzismus wird die Geister nicht

bannen. Auch Herr Roedel-Vierslautern, einer der ungezähmten Agrarier, die dem Grafen Bülow noch nicht aus der Hand lassen, fand den Grafen Posadowsky glänzend gerechtfertigt. Nur für freiämterische Interessentengruppen sollen die Hinterhüter des Reichsamts des Innern geschlossen sein, den Hochschuljägern und den Agrariern aber soll alles erlaubt sein, nur dürfen sie sich des lieben Aufstands wegen nicht erwidern lassen: die Annahme solcher Gelder muß mit dem nötigen Geschick erfolgen. Herr Roedel ist nur der unkontrollierbare Einfluß des Herrn Bölling verhaftet, ihm schreibt er das Jögern in der Durchführung des Fleischschangesches zu und er ruft dreimal Wehe über jede amerikanische Fleischbüchse, die vor dem 1. Oktober vorigen Jahres noch raus über die Grenze gebracht worden ist. Trotz der Abgeordnetenrede des Grafen Bülow ist sein Wahlkreis in den leitenden Staatsmann noch grob und so verlangte er heute von dem nachgeordneten Beamten, dem Grafen Posadowsky, Klipp und Flare Auskunft darüber, ob der Zolltarif noch in dieser Session an das Haus käme und ob auch die Handelsverträge rechtzeitig gefündigt werden würden. Graf Posadowsky aber schwieg.

Während die Sozialpolitik des Centrums ganz im Zeichen des Krebses steht — Herr Gise ist sogar mit der Revision der Bädereverordnung im Sinne der Bädermeister einverstanden — regt sich die sozialpolitisch vorgetriebene Gruppe in der freisinnigen Volkspartei, für die Herr Dr. Müller-Meininger im Gegensatz zu dem Manchesterjüngling Wiener mit grossem Eifer für das völlige Verbot der Verwendung von Phosphor bei der Fabrikation von Zündhölzern eintrat.

Erwähnenswert ist noch das Auftreten des jugendlichen Geheimrats Werner, dessen geschmackloser Angriff auf die Sozialdemokratie höchstlich seiner Karriere nicht schaden wird. Das Wort Richard Fischers von den „meinungslosen Geheimräten“ scheint doch gesessen zu haben. Herr Werner quittierte jedenfalls darüber.

Morgen soll die Debatte fortgesetzt werden, wenn nicht die Besprechung der Duellinterpellation des Centrums zu viel Zeit in Anspruch nimmt.

## Deutsches Reich.

Aus dem preußischen Landtag.

In Berlin, 14. Januar. Das Abgeordnetenhaus begann heute die erste Sitzung des Etats. Langatmig feste der erste Redner, Abg. Frei von Cente (Cent.) ein, um, nachdem er zunächst die glänzende Finanzlage des Staates geübt und auf die Anzeichen des wirtschaftlichen Rückgangs in der Textil- und Eisenindustrie hingewiesen hatte, die bekannten kirchenpolitischen Forderungen des Centrums vorzubringen und vor allem dem Berlangen seiner Partei nach Erlös eines konfessionellen Volkschulgesetzes Ausdruck zu geben. Zum Schluss lobte er die Art und Weise, wie der neue Ministerpräsident die Kanalvorlage eingeführt habe und flehte die Regierung förmlich an, nur ja nicht im Falle einer nochmaligen Ablehnung des Kanals das Haus anzulösen, denn dadurch würde nur Verhetzung zwischen Industrie und Landwirtschaft getragen, und das wäre bedauerlich in einem Augenblick, wo wir vor der Veratung des Zolltarifs stehen. In gleicher Weise suchte auch Graf Limburg-Stirum (Cent.) den Zolltarif mit dem Kanal in Verbindung zu bringen. Statt zur Vorsicht in der Benennung der Ausgaben zu mahnen, sollte der edle Graf lieber im Reiche seine Freunde davon abhalten, durch Bewilligung immer neuer Millionen für kulturevidige Zwecke die Finanzlage des Reichs von Jahr zu Jahr schlechter zu gestalten. Dazwischen Limburg auch den neuen Ministerpräsidenten, der übrigens im Hause nicht anwesend war, aufforderte, die Sozialdemokratie mit allen Mitteln zu bekämpfen, verargen wir ihm nicht. Das gehört zu seinem Programm.

Von größerer Bedeutung war die Rede des Abg. Richard (frei. W.). Mit seiner Ironie und in witziger Weise, oft von lebhaften Heiterkeitsausbrüchen belohnt, geholt Ritter die Miguel'sche Finanzpolitik, die trotz der hohen Überschüsse der Eisenbahnen nichts für Tarifreformen übrig habe; er stellte die glänzende Finanzlage Preußens der schlechten Lage des Reiches gegenüber, ironisierte dann weiter die zahllosen Mißstände im Ressort des

Ministeriums des Innern, um schließlich die Regierung aufzufordern, endlich in der Kanalvorlage ihre Schuldigkeit zu thun.

Wie wenig die Regierung daran denkt, der Aufforderung des freisinnigen Führers nachzukommen, darüber berichtete ihn sofort Herr v. Miguel, der auch heute wieder unter dem Deckmantel der Kanalfreundlichkeit eine Rede gegen den Kanal hielt. Offen die Ablehnung der Vorlage zu empfehlen, dazu ist Johannes von Miguel zu schläm, und so stellte er sich denn nach bewährtem Rezept als der wärmste Verteidiger des Kanals hin, um versteckt seinen lieben Agrariern zu raten, wie sie den Kanal zu föhren bringen können, ohne dadurch nach oben hin Anstoß zu erregen. Für die Regierung, so meinte Miguel, sei die Kanalvorlage eine rein wirtschaftliche, aber Herr Richter, der nebenbei bemerkt, warm für den Kanal eingetreten war, trage politische Momente hinein und fördere dadurch das Unternehmen nicht; im Gegenteil. Man muss Herrn v. Miguel kennen, um zu verstehen, was er damit bezweite. Ihm kommt es einzigt und allein darauf an, sich die Kunst der Agrarier zu bewahren, und so verucht er denn, diese zunächst gegen Richter und in weiterer Folge auch gegen die von ihm befürwortete Vorlage zu heben. Das Rôlespiel im Kasanienväldchen kann nun wieder beginnen.

Des weiteren lobte Miguel des langen und breiten seine Finanzpolitik in der bekannten Weise, wie wir es von ihm seit Jahren gewohnt sind. Den Schluss der Sitzung bildete ein verunglückter Rechtfertigungsversuch des Polizeiministers Freiherr v. Heinrich, der sich dem erstaunten Hause als Förderer der wahren Kunst vorstellte und im gleichen Atemzuge Ansichten über Kolossale Macht der Finsternis vortrug, wie sie Herr Roeder und die übrigen Geheimräte auch nicht unzutreffender vorbringen können, sowie eine nationalliberale Rede des Abg. Dr. Sattler (nat.-lib.), der sich über tausend Einzelheiten verbreite, aber in echt nationalliberaler Art es dabei mit niemandem zu verderben suchte.

Morgen wird die Debatte fortgesetzt.

## Der kommende Mann.

Aus Posen schreibt uns unser bx.-Mitarbeiter vom 14. Januar: Der „Bulldog“ auf dem Ministerstuhl des Reichsamtes des Innern kam vor etwa 1½ Jahren als Oberpräsident nach Posen, nachdem er vorher als Regierungspräsident in Oppeln seines Amtes gewalstet hatte. Er kam, um mit „gepanzter Faust“ zwischen die Polen und den ihm eben verhosten Katholiken drein zu schlagen, aber — es wurde ihm von „oben“, so wie man sagt, von „allerhöchster“ Stelle abgewischt. Die Ursache war folgende: Zur Zeit, da Herr von Bitter nach Posen kam, weigerte sich die katholische Geistlichkeit, einen Katholiken, dessen Frau und Kinder protestantlich waren, zu beerdigen. Ebenso wurde einer Frau, deren Kinder protestantlich erzogen wurden, in der Beichte keine Absolution erteilt. In ihrer Dummheit ließ die Frau zur Polizei und auf diesem Wege gelangten die beiden Vorfälle zur Kenntnis des Herrn Oberpräsidenten. Um dieselbe Zeit war der Erzbischof von Stolpewski erkrankt; infolgedessen konnte er den neuen Oberpräsidenten trotz mehrmaligen Versprechens nicht empfangen. Als sich aber Herr von Bitter dadurch nicht abschrecken ließ, sondern seine Versuche zum Erzbischof zu gelangen wiederholte, gab dieser noch und empfing ihn. Herr v. Bitter verachtete den Erzbischof in ziemlich unhöflicher Weise und donnerte plötzlich los, in Anspielung auf die beiden oben erzählten Vorfälle: „Das muß unter „meiner Regierung“ anders werden, ich werde das nicht weiter dulden.“ Gemessen erhob sich der Erzbischof, rief seinen Sekretär und distanzierte ihn in des Oberpräsidenten Gegenwart einen Brief an den Minister des Innern, in dem er sich über das Gebaren des Herrn von Bitter bitter beschwerte, machte dann Recht und ließ den Präsidenten stehen. Ein neuer Kulturskampf war in Aussicht, wenn Herr von Bitter recht behielt; aber die Regierung brachte das Centrum, und ein gelinder oder auch scharfer Stoß brachte den Herrn Oberpräsidenten zur Unselbst, er mußte nachgeben und sich mit dem Erzbischof versöhnen. Durch diesen Beweis des „Auchanderskönnens“ bat er offenbar den höchsten staatsmännischen Bewährungsnaßweiss erbracht. Das Vorkommnis war sowohl der Regierung, wie auch dem Erzbischof unangenehm, und als die Nachricht von dem Skandal in polnischen Blättern Galiziens erschien, da ließen die Dementis auch nicht lange auf sich warten. Vom geistlichen Konsistorium erschien ein solches in der Germania und auch regierungsscheitig bestreit man alles. Wir können jedoch heute feststellen, daß die dementierten Berichte

Ihnen mit den überschwänglichsten Sägen des Briefes der göttlichen Mathilde. . . .

Ja, aber vier Lakaien des Herrn von Croisenois werden sich auf mich stürzen und mir das Original entziehen. Doch nein, ich bin gut bewaffnet, und ich habe, wie man weiß, die Gewohnheit, auf die Lakaien zu schießen.

Nun gut, einer von ihnen hat Mut; er stürzt sich auf mich. Man hat ihm hundert Napoleonen versprochen. Ich töte ihn, oder ich verwunde ihn, das ist, was man will. Man wirkt mich mit Fing und Recht ins Gefängnis; ich erscheine vor dem Buchpolizeigericht und man schickt mich bei aller Gerechtigkeit und Willigkeit nach Poissy, um den Herren Fantan und Magalon Gesellschaft zu leisten. Da schläfe ich mit vierhundert Lumpen zusammen. . . . Und ich sollte irgend ein Mädel mit diesen Leuten haben, rief er, indem er sich ungestüm erhob! Haben Sie es für die Leute des dritten Standes, wenn Sie sie in den Händen haben! Dieses Wort war der letzte Seufzer seiner Dankbarkeit gegen Herrn von la Mole, die ihn wider seinen Willen noch immer quälte.

Sachte, meine Herren Edelleute, ich verstehe diesen kleinen machiavellistischen Zug; der Abbe Maslon oder Herr Castanede vom Seminar würden es nicht besser gemacht haben. Sie werden mir den herausfordernden Brief abnehmen, und ich werde eine zweite Ausgabe des Oberst Caron in Colmar sein.

Einen Augenblick, meine Herren, ich schicke den schicksalsschweren Brief in einem wohlversiegelten Paket zu Herrn Abbe Pirard zur Aufbewahrung. Er ist ein hrlicher Mann, Janzenist, und dadurch geschützt vor den Verführungen des Geldes. Ja, aber er öffnet die Briefe . . . Fouque ist's, Fouque ist's!

Man muß zugestehen, der Blick Julians war grausam, sein Ausdruck häßlich, er atmte das reine Verbrechen. Es

war der unglückliche Mensch im Krieg mit der ganzen Gesellschaft.

Zu den Waffen! rief sich Julian zu. Und er sprang mit einem Satz die Treppenstufen hinab. Er trat in das kleine Bureau des Schreibers ein, dem er förmlich Angst einjagte. Kopieren Sie das, sagte er zu ihm, indem er ihm den Brief des Fräulein von la Mole gab.

Während der Schreiber arbeitete, schrieb er selbst an Fouque; er bat ihn, ihm ein wertvolles Depot aufzubewahren. Aber, sagte er sich, indem er sich unterbrach, das schwarze Kabinett auf der Post wird meinen Brief öffnen und denen übergeben, die ihn suchen . . . nein, meine Herren. Er ging und laufte sich eine ungeheure Bibel bei einem protestantischen Buchhändler, verbarg sehr geschickt den Brief Mathildens in dem Einband, packte alles zusammen und schickte sein Paket mit der Diligence an einen der Arbeiter Fouques, dessen Namen in Paris niemand kannte.

Dann kam er heiter und läuft in das Haus von la Mole zurück. Jetzt zu uns! rief er, indem er sich in sein Zimmer einschloß und seinen schwarzen Anzug abwarf.

Was! mein Fräulein, schrieb er an Mathilde, das Fräulein von la Mole schickte durch die Hände Arsenes, des Lakaien ihres Vaters, einen verführerischen Brief an einen armen Zimmermann aus dem Jura, ohne Zweifel, um mit seiner Einfalt zu spielen. . . . Und er schrieb die klarsten Sätze des Briefes, den er erhalten hatte, ab.

Der seine hätte der diplomatischen Klugheit des Chevalier von Beauvoisis Ehre gemacht. Es war noch nicht zehn Uhr, als Julian, bereichert von Glück und von dem Gefühl seiner Macht, so neu für einen armen Teufel, die Oper betrat. Er hörte seinen Freund Geronimo singen. Nie hatte ihn die Musik so sehr begeistert. Er fühlte sich als Gott.

(Fortsetzung folgt.)

Julian konnte seine Freunde nicht eindämmen. Er mußte in den Garten gehen. Sein Zimmer, in das er sich eingeschlossen hatte, schien ihm zu eng zum Atmen.

Ich, ein armer Bauer aus dem Jura, wiederholte er sich unaufhörlich, ich, der ich verurteilt bin, immer dieses traurige schwarze Kleid zu tragen! Ja! Zwanzig Jahre früher hätte ich die Uniform wie sie! Damals wäre ein Mann wie ich entweder gefallen oder mit sechshundertzig Jahren General gewesen! Dieser Brief, den er zusammengeknüpft in seiner Hand hielt, gab ihm das Ansehen und die Haltung eines Helden. Jetzt, das ist wahr, hat man mit diesem schwarzen Kleid mit vierzig Jahren hunderttausend Franken Gehalt und das blaue Band wie der Herr Bischof von Beauvais.

Wohlan! sagte er mit mephistophelischem Lächeln, ich habe mehr Geist als sie; ich weiß die Uniform meines Jahrhunderts zu wählen. Und er fühlte seinen Ehrgeiz und seine Abhängigkeit an das geistliche Kleid sich verdoppeln. Wieviel Kardinäle sind niedriger geboren als ich und haben regiert! Mein Landsmann Granville zum Beispiel.

Allmählich wurde Julian ruhiger; die Klugheit errang die Oberhand. Er sagte sich, wie sein Meister Tartuffe, dessen Nolle er auswendig wußte:

„Man kann den Worten trauen, so ehrlich scheint die List;

Doch sehn sie noch so süß, es soll mich nichts behören,  
Wenn nicht der Kunstbeweis, nach dem ich längst begehr,  
Für Alles gut mir sagt, was ihre Lippe schwört.“

Auch Tartuffe wurde durch eine Frau zu Grunde gebracht und er war wohl eines Besseren wert. . . . Meine Antwort könnte gezeigt werden . . . und danach werden wir sie einrichten, zeigte er langsam hinzu, und mit dem Klang einer kaum bezwingbaren Leidenschaft, wie beginnen

die Wahrheit gesagt haben. — Seit dieser Zeit ist der Oberpräsident wenig an die Öffentlichkeit getreten. Die Polenpolitik macht er mit, wie es ihm befiehlt wird, die Katholiken haben aber jetzt Angst vor ihm. Überall zeigt sich die Macht der „regierenden Partei“, und deswegen ist es auch zweifelhaft, ob Herr v. Bitter, falls er Staatssekretär wird, auch lange in seinem Amt bleibt. Nebenfalls hält gleichgültig. Ob Graf Posadowsky, ob Herr v. Bitter, das System bleibt dasselbe.

#### Mälehr aus dem Exil.

Der hamburgische Korrespondent berichtet:

Der bekannte sozialdemokratische Schriftsteller Eduard Bernstein wird demnächst unbeküllt nach Deutschland zurückkehren können. Als Redakteur des Sozialdemokrat, der in Bärlich während des Sozialistengesetzes in den 80er Jahren erschien, hatte Bernstein sich eine Anzahl von Anklagen bei deutschen Gerichten zugezogen, deren Verjährung bis jetzt durch die ständige Erneuerung der staatsanwaltschaftlichen Anträge verhindert wurde, so dass Bernstein bei einer Rückkehr nach Deutschland sich einer Menge von Prozessen und vermutlich schweren Bestrafungen ausgesetzt hätte. Es ging deshalb, als er auch aus der Schweiz ausgewichen wurde, nach England und lebt seit etwa 10–12 Jahren in London. Vor einigen Monaten hat die Schweiz den Ausweltungsbeschluss aufgehoben, und nunmehr hat auch die preußische Justizbehörde entschieden, Gras über Dinge wachsen zu lassen, die 15–20 Jahre zurückliegen. Eine Erneuerung der Anklagen ist unterblieben, damit wird am 1. Februar d. J. Verjährung eintreten und der Rückkehr Bernsteins nach Deutschland steht nichts mehr im Wege.

Dazu bemerkt der Vorwärts:

„Die Meldung des Hamburger Blattes ist nach unserer Kenntnis der Thatsachen zutreffend. Sie ist aber nicht vollständig. Neben Bernstein kann nunmehr auch sein Leibgenosse Motteler, der „rote Postmeister“, der die Expedition des Sozialdemokrat befehligte, in die Heimat zurückkehren. Auch gegen diesen Gefährten Bernsteins im Londoner Exil ist der Steckbrief nicht erneuert worden; in Mottelers Fall ist die Verjährung bereits Anfang Januar eingetreten.“

Die beiden tapferen und verbündeten Vorkämpfer des Proletariats, die in der schwersten Zeit der Partei auf vorgeschobenem Posten standen, können somit endlich nach langen Jahren der Verbannung das Vaterland wiedersehen, an das sie Familie, Freunde und Waffenbrüderchaft fesseln.“

#### Chronik der Majestätsbeleidigungssprozesse.

g. Nürnberg, 14. Januar. Der Arbeiter Leidlein in Nürnberg brachte eines Tages die Bilder Grillenbergers, Oertels und Bebels mit nach Hause, als ihn seine Hausfrau fragte, warum er sich nicht das Bild des Kaisers gelauft habe, soll er über diesen eine beleidigende Anspielung gehabt haben, die er später in einem Gespräch mit anderen Personen über seine Beziehungen als Militärpensionist wiederholt haben soll. Er wurde auf die Anzeige eines Denunzianten wegen Majestätsbeleidigung angeklagt, leugnet aber, die ihm zur Last gelegten Andeutungen gebracht zu haben, und behauptet, dass er das Opfer eines Nachahmers des Denunzianten sei. Auf dessen Aussage hin wurde der Angeklagte zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt.

\* Berlin, 15. Januar. Zur Feier des 18. Januar wird gemeldet, dass eine Illumination unter Beteiligung der Privaten unternommen werden soll. Außerdem wird ein Feuerwerk des furchterlichen Herrn Bauff gegeben. Es heißt Adlerflug; die Anregung dazu ist vom Kaiser ausgegangen. —

Im Reichstag wird am 17. Januar trotz des Ordensfestes Plenarsitzung abgehalten werden, dagegen wird sie nicht nur am 18., sondern auch am 19. Januar ausfallen. —

Dem Reichstage ist in neuer Auflage das Verzeichnis der Bundesratsbewilligten sowie das alphabetische Verzeichnis der Reichstagsmitglieder mit angehängter Fraktionsliste zugegangen. Nach dieser zählen: Deutsch-Konservative 52 Mitglieder, Reichspartei 21, Deutsch-soziale Reformpartei 10, Centrum 106, Polen 13, Nationalliberale 51, Freisinnige Vereinigung 13, Deutsche Freisinnige Volkspartei 27, Deutsche Volkspartei 7, Sozialdemokraten 57, keiner Fraktion angehörig 38, zusammen 395 Mitglieder. Erledigt sind zwei Mandate: Dr. Hille (Centr.) — 3. Lachen — hat sein Mandat am 21. November 1900 niedergelegt; Moth (Pole) — 1. Polen — ist am 21. Dezember 1900 gestorben. —

Der Bundesrat hat in seiner gestrigen Sitzung die Vorlage, betreffend den Entwurf einer Geschäftsbildung für den Reichs-Gesundheitsrat, den zuständigen Ausschüssen überwiesen. —

Die 9. Reichstagskommission wird heute zusammenkommen, um den Toleranzantrag des Centrums einer näheren Beratung zu unterziehen. —

**Vom Kanalhandel.** Die Herren Agrarier fühlen sich trotz dem sicheren Bollschube, den ihnen der Graf Bülow versprochen hat, noch immer nicht ganz sicher. Hinter den Kulissen wird ehrig weiter verhandelt, und fast scheint es, als ob das gegenseitige Vertrauen nicht all zu groß wäre. Bülow will sich auf seine Zahlen festlegen, und die Agrarier bestehen darauf, ihm mit dem Kanalbauwerke die bindende Zusac eines ihnen ausschließlich erscheinenden Schutzzolls zu expressen. Die Deutsche Tageszeitung schreibt:

Die neue Kanalvorlage befriedigt uns insofern einigermaßen, als wir selbst — vielleicht zuerst, gewiss aber mit grösster Entschiedenheit — die Vorlegung eines großen wasserwirtschaftlichen Planes gefordert haben. Somit stellt die neue Vorlage bis zu einem gewissen Grade eine Anerkennung unserer Anschaunungen dar. Unsere Leiter werden sich aber wohl erinnern, dass wir niemals in Aussicht gestellt haben, einem solchen Gesamtplane ohne Prüfung zuzustimmen. Wir haben lediglich betont, dass dadurch vielleicht die Bevorzugung eines einzelnen Landesteiles auf Kosten der übrigen befehligt und somit ein Grund, der gegen den Mittelstand sprach, beseitigt werden könnte. Inwieweit dieser Gegengrund tatsächlich durch die neue Vorlage beseitigt worden sei, wird eingehender Eingeluntersuchung vorbehalten müssen. In dieser Beziehung werden besonders die unmittelbar beteiligten Landesteile zunächst ihre besonderen Anschaunungen zu äussern haben.

Nicht befriedigt, sondern vielmehr wesentlich verstärkt sind durch die neue Vorlage unsere technischen und unsere finanziellen Bedenken. . . .

Dankt wollen wir uns heute begnügen. Unsere Hauptbedenken gegen die Vorlage sind noch nicht befriedigt. Wir warten weitere Verklärungen ab, die wir ohne jedes Vorurteil, ohne jede Nebensicht lediglich sachlich zu prüfen gebenken. —

Der große Diplomat Bülow scheint sich mit seiner Erklärung

wieder einmal zwischen zwei Stühle gelehnt zu haben. Will er nicht der Posadowsky des Bundes der Landwirte werden, dann ade Kanalvorlage!

Was die Agrarier wollen, haben sie übrigens erst Sonntag wieder deutlich gesagt. In Dornap-Hahnenfurth, vor den Thoren Elberfeld-Barmens, wurde eine zahlreich besuchte Versammlung des Bundes der Landwirte abgehalten. Dr. Hahn sprach über die schwedende Hollarfe und Kanalfrage. Folgende Resolution fand einstimmig Annahme: „Die heute in Dornap-Hahnenfurth tagende Hauptversammlung des Bundes der Landwirte spricht sich auf das nachdrücklichste für gleiche Böllermessung in Höhe von 7,50 Pf. im Mindesttarif für Weizen, Roggen, Gerste und Hafer aus. Sie erklärt diese Böllermesse für notwendig, um den Getreidebau im Rheinlande wieder zu Preisen zu verhelfen, welche dauernd die Selbstkosten decken; sie fordert die bestimmte Erwartung aus, dass die Vertreter der ländlichen Bezirke des Rheinlandes, wenn sie die Zukunft der rheinischen Landwirtschaft wirklich sicher stellen wollen, einer gesetzlichen Festlegung dieser Böllergesetze im Mindesttarif unbedingt zustimmen werden.“

**Zur Thomasmehlangelegenheit.** Der Vorsitzende des Bundes der Landwirte, Dr. Röder, veröffentlicht nachstehendes: „Die Fassung dieser Meldung erwacht den Anschein, als ob das Hammgericht in dem Prozesse materiell gegen die Mitglieder des Vorstandes des Bundes der Landwirte und ebenso materiell zu Gunsten des Privatbeschuldigten Schmidt entschieden hätte, also, als ob in den von der Kölnischen Zeitung erhobenen Anschuldigungen gegen die Geschäftsführung des Bundes der Landwirte keine Bekleidung im Sinne des Strafgesetzes liege. Diese Auffassung ist falsch: Das Hammgericht hat lediglich auf Einstellung des Verfahrens erkannt und zwar deshalb, weil ein gültiger Strafantrag nicht vorliege. Das Hammgericht hat nämlich angenommen, dass die einen Strafantrag enthaltende Klage nicht von den Einzelmitgliedern des Vorstandes, sondern von dem Bunde der Landwirte als solchem abhängig gemacht wurde, was ungültig sei, da Vereine als solche nicht beleidigt werden und folgerichtig auch Strafanträge nicht stellen können. Die Versuche, durch Nachtragseingaben die Thatsache der Klageerhebung durch die einzelnen Mitglieder außer alle Zweifel zu stellen, sind entgegen der Ausschaffung der beiden Vorinstanzen, welche materiell zu Gunsten der Vorstandsmitglieder des Bundes der Landwirte erkannt und den Angeklagten verurteilt hatten, vom Hammgericht nicht anerkannt worden.“

An der Thatsache, dass die ganze Öffentlichkeit sich gegen die Manipulation des Vorstandes des Bundes der Landwirte in der Thomasmehlangelegenheit gewandt hat, ändert diese Bezeichnung aber nichts.

**Eine Korrektur in Miquels Nede.** Miquels Offiziell, der ein Refumee von seiner Nede verbreitet, lässt den Minister in Übereinstimmung mit dem, was von Rechtsberatern gehört worden ist, sagen, der Versuch, den Ausgabebedarf des Reiches auf die Finanzen der Bundesstaaten teilweise abzuwälzen, würde dem einstigen Widerstande der Bundesregierungen begegnen. Diese wie eine Drohung klingende Anerkennung hat er im Stenogramm jedoch gestrichen. — Verspätete Vorsicht!

**Heizungstechnik gegen Kohlennot.** Aus Duisburg schreibt uns unser d. Mitarbeiter: In einer Bezirkerversammlung des Vereins deutscher Ingenieure sprach Herr Dr. Hansdorff aus Essen über die Bedeutung des Wassergases. Redner verbreitete sich in anschaulicher Weise über die Bedeutung des Wassergases zu Heizzwecken, analog den Ausführungen in den bezüglichen Artikeln der Leipziger Volkszeitung. Nach Meinung des Redners hat das Wassergas eine bedeutende Zukunft.

**Geistlichkeit und Schule.** In Preußen glaubt man jetzt bereits so weit zu sein, dass man die Auslieferung der Schule an die Kirche ganz unverhohlen im Verwaltungsweg regeln regeln zu können. Aus dem Regierungsbereich Trier berichtet die Schulkorrespondenz, dass die dortige Regierung beabsichtige, sämtlichen katholischen Pfarrern wieder die Orts-Schulinspektion zu übertragen. Nachdem aus der Falshain-Area stammenden preußischen Schulaufsichtsgesetz vom 11. März 1872 soll die Schulaufsicht staatlichen Charakter tragen, was sich auch auf dem Papier sehr schön ausnimmt, aber nicht gehindert hat, dass Geistliche (geschorene wie geschorene) als staatliche Schulinspektoren berufen werden. Immerhin möchte man dem Sinne des Gesetzes noch die Konzession, dass diese geistlichen Orts-Schulinspektoren einzeln und persönlich ernannt werden und dass das Schulamt nicht direkt an das kirchliche Amt gefüllt werde. Dieses Verfahren war formal berechtigt, da die Geistlichen nicht direkt von der Schulaufsicht ausgeschlossen waren. Im Civilstandsgesetz, wo man durch eine eigene Bestimmung vorschreibt, dass niemals das Amt eines Standesbeamten einem Geistlichen übertragen werden darf, ist der Geist des Gesetzes lebendig geblieben und kein Rückfall in das kirchliche Registerwesen erfolgt. Das Schulaufsichtsgesetz aber, in das man keine derartige Bestimmung aufnahm, blieb allen persönlichen Wandlungen des Kultusministeriums ausgesetzt. Naum war Falk durch Pultkamer abgelöst, so erging im Jahre 1880 eine Ministerialverfügung, die darauf aufmerksam machte, dass das Gesetz keineswegs eine umfassende Berücksichtigung konfessioneller Verhältnisse bei der Ernennung der Schulinspektoren ausschließe. Auch unter Goßler und Bosse sind massenhaft Ernennungen von Geistlichen zu Schulinspektoren erfolgt. Es gibt ganze Bezirke Preußens, in denen heute der Zustand genau so ist, wie vor dem Schulaufsichtsgesetz, nur doch mit gravitätischem Ernst behauptet wird, der staatliche Charakter der Schulaufsicht sei gänzlich unangetastet. Gewissermaßen als symbolische Anerkennung der staatlichen Besitzugsrechte verneint man es selbst in solchen Bezirken, dass ausnahmslos alle Parroxe die Orts-Schulinspektion erhalten. Der fehlt aus Trier gemeldete Plan ist der erste dieser Art. Wenn er auf Wahrheit beruht und durchgeführt wird, so wird vor aller Welt klar, dass der preußische Staat die untere Instanz der Schulverwaltung an die Kirche aussöhnen.

**Hannover, 14. Januar.** Reichstagsabgeordneter Freiherr v. Schele-Wunsdorf erstattete hier in einer Versammlung Bericht über die Thätigkeit der welfischen Abgeordneten im Reichstag. Bemerkenswert sind seine Ausführungen über die Lage der Landwirtschaft und die Handelsverträge. Deutsches Land, so führte er aus, sei kein reiner Agrarstaat, werde aber auch kein reiner Industriestaat. Ein Land, das die zu seiner Ernährung notwendigen Mengen nicht selbst produziere und wirtschaftlich abhängig vom Auslande sei, werde schließlich auch politisch abhängig. Man dürfe deshalb nicht die Landwirtschaft vernachlässigen, wie dies in den letzten Jahren geschahen sei. Die Landwirtschaft verlangt keine Staatshilfe, aber sie fordere diejenige Rücksicht, die allen anderen Ständen in so reichem

Masse zu teilen werde. Die Landwirtschaft leide unter der Mängel der Industrie. Redner bemerkt unter Bezugnahme auf das Fleischbeschlagsgesetz, dass das Fleisch der deutschen Schweine gesunder sei ununterstucht, als das amerikanische Fleisch, welches als ununterstucht nach hier gelangt.

Das heißt denn doch die Thatsachen auf den Kopf stellen, wenn man angesichts der permanenten Seuchen, unter denen unsere deutsche Vieh- und Schweinezucht trotz der scharfen Absperzung der Grenzen zu leiden hat, von dem „gesunden“ deutschen Schwein redet.

Im übrigen verlangt der welfische Agrarier zwar keine Staatshilfe, aber er eiftet gegen die Freihändler und fordert genügend Betriebsregelung.

In derselben Versammlung sprach Herr Schriftsteller und Oberleutnant a. D. Elsner über den Nichtempfang des Präsidenten Krüger. Darauf gelangte einstimmig ein Antrag auf Absehung folgenden Telegramms an den Präsidenten Krüger zur Annahme: „Dreitausend versammelte, von Preußen angekommene Hannoveraner befinden sich in der von Ihnen vertretenen Sache des Rechts und der Freiheit herzliche Sympathie mit dem Wunsche, dass der allmächtige Gott den Völkern der Buren und Hannoveraner nach seinem Ratshilfe den endgültigen Sieg geben möge!“

**kleine politische Nachrichten.** Der Redakteur Goldheim von der Berliner Volkszeitung ist gestern im Alter von 76 Jahren gestorben. Goldheim gehörte dem demokratischen Blatte seit 52 Jahren an. Er war ein ehrlicher und tapferer Vertreter des demokratischen Gedankens. Im Alter von 28 Jahren kam er als Barrakadencamp nach Spandau. Seitdem ist er nicht weniger als fünfzigmal vor Gericht gestanden und nicht weniger als fünfzigmal zu Freiheitsstrafen verurteilt worden.

#### Oesterreich-Ungarn.

##### Neue Wahlerfolge der Sozialdemokratie.

Aus Wien kommt eine ebenso überraschende wie erfreuliche Nachricht. Bei den Städtewahlen vom 14. Januar sind zwei Sozialdemokraten in die Stichwahl gekommen. Es handelt sich hier bekanntlich um Wahlen, die nicht nach allgemeinem Wahlrecht erfolgen, sondern bei denen nur die direkten Steuerzahler wahlberechtigt sind. Es wird vom 14. Januar gemeldet:

In den Städtewahlen in Niederösterreich wurden bisher zwei deutschvölkische und ein deutschfortschrittl. Abgeordneter gewählt, ferner sind zwei Stichwahlen erforderlich geworden in Hornenburg und Wiener-Neustadt zwischen Sozialdemokraten einerseits und einem Christlichsozialen und einem Deutschvölklichen andererseits.

Von den Wiener Wahlbezirken wird berichtet: Der zweite Bezirk wählte den Deutschfortschrittl. Vogler, im dritten Bezirk wurde Steiner, der in Wiener-Neustadt durchgesunken war, im fünften Strobach, im sechsten Pottai, im siebten Gehmann (gleichfalls in seinem bisherigen Wahlkreis durchgesunken), im achten Schlesinger, im neunten Weißkirchner und im sechzehnten bis neunzehnten Prinz Lichtenstein, sämtlich Christlichsozial, gewählt.

Der erste Bezirk wählte die Deutschfortschrittl. Kopp, Osner, Roske und Wabex mit etwa 3000 Stimmen gegen die Christlichsozialen Bach, Costenoble, Porzer und Silberer, die etwa 2600 Stimmen erhielten. Der vierte und der zehnte Bezirk wählten den Christlichsozialen Mayreder, Dr. Adler unterlag mit 126 Stimmen. Der elfte bis fünfzehnte den Christlichsozialen Schneider. Der Besitzstand in Wien ist unverändert. In den Städten Niederösterreichs verlieren die Christlichsozialen ein Mandat an die deutsche Volkspartei. Die Deutschfortschrittl. gewinnen ein Mandat, das ein Abgeordneter innehatte, der keiner Partei angehörte.

Bei den heutigen Wahlen des Großgrundbesitzes wurden in Götz und Irlbach je ein liberaler Italiener, in Schlesien drei verfassungstreue Deutsche gewählt. Der Besitzstand ist unverändert. Der Großgrundbesitz in Tirol wählte die Kompromissliste, nämlich zwei verfassungstreue Deutsche, darunter Grabmayr, einen Italiener und einen Konservativen.

Bei den Stichwahlen in der Städtekirche wurde in Saaz der Deutschfortschrittl. Schiller wiedergewählt gegen den Deutschradikal. Herold. In Tetschen unterlag der Deutschfortschrittl. Tschann. Die Deutschradikale verlieren daher ein weiteres Mandat aus der Städtekirche Böhmens. In der Städtekirche in Niederösterreich unterlag in Saaz Pötsch der bisherige Abgeordnete Faz (christlichsozial) gegen den Deutschvölklichen Boeckl. In Baden siegte der Deutschfortschrittl. Marchet gegen den Christlichsozialen Adler.

Die Handelskammern in Kärnten, Steiermark und Oberösterreich haben zwei Anhänger der deutschen Volkspartei und zwei Mitglieder der deutschen Fortschrittpartei gewählt. Der Besitzstand ist somit unverändert geblieben.

#### Frankreich.

##### Kammeröffnung. — Aus der Armee.

Paris, 14. Januar. Vor dichtbefestigtem Hause bringt der Kriegsminister General André die Vorlage betr. die Erleichterung der Ergänzung des Reserve-Offiziercorps ein. Salis interpelliert wegen des Schiffbruchs der Russie, hebt den Heldenmut der Rettungsmannschaft hervor und beklagt sich über den Mangel an Rettungsvorrichtungen. Marineminister Lanefan erwähnt, es bestehe in Frankreich kein zweitägiges Rettungssystem. Der Minister verspricht für Schaffung eines Rettungswesens an den Küsten jagen zu wollen. (Beispiel) Hierauf interpelliert der Sozialist Sembat über die Einschaltung des Vatikans in die inneren Angelegenheiten Frankreichs. Sembat fragt, ob nicht die Regierung gegen die Veröffentlichung des jüngsten Briefes des Papstes an den Erzbischof von Paris anstößig des Papstes betr. die Kongregationen protestiert habe. Ribot sagt, der Papst habe das Recht, seine Stimme zu erheben, wenn er die religiösen Interessen bedroht glaube. (Beispiel, rechts und im Centrum.) Waldet-Roussin betrifft die Rednertribüne. Er führt aus, die Regierung habe in dem Briefe des Papstes keine Drohung, werde aber die Einnahme des Papstes, die sich gegen den Gesetzentwurf betrifft, die Kongregationen richten, wenn derselbe angenommen werden sollte, nicht zulassen. Der Redner fügt hinzu, der Papst habe als geistliches Oberhaupt der Katholiken Rechte, aber der Staat habe auch Rechte, die im Konkordat verbrieft seien und diesen werde er Achtung zu verschaffen wissen. Waldet-Roussin schließt mit der Versicherung, dass die Regierung Toleranz übe, aber auch verlange, dass die Rechte des Staates geachtet (Fortsetzung in der Beilage).

Hierzu eine Beilage.

# Verein für Frauen u. Mädchen

der Arbeiterklasse.

Mittwoch den 16. Januar abends 1/2 Uhr

## Öffentliche Mitglieder-Gesammlung

im Saale des Coburger Hofs, Windmühlenstr.

Tagesordnung: 1. Zweck und Nutzen der Bildungsvereine. 2. Diskussion. 3. Stellungnahme zum Stiftungsfest.

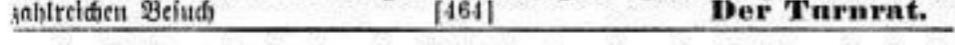
Zahlreichen Besuch erwartet [350] Der Vorstand.

Allgemeiner Turnverein Stötteritz.

Sonntag den 20. Januar nachmittags um 2 Uhr

Haupt-Versammlung im Vereinslokal. Wegen der wichtigen Tagesordnung erwartet einen

zahlreichen Besuch [164] Der Turnrat.



## Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Leipzigs-West.

Sonnabend den 19. Januar von abends 7 Uhr an

# Gr. Winterfest

in sämtlichen Räumen des Etablissements

Schloss Lindensels, Lindenau

bestehend in

## Konzert und Ball.

Um 10 Uhr große Kappen-Polonaise.

Karten im Vorverkauf à 15 Pfg. sind zu haben bei sämtlichen Beikassierern, beim Büffettler, Herrn Kriebler, Böschersche Straße, Herrn Knoblauch, Karl Heine-Straße, und Hermann Flügel, Jahnstraße. [477]

Programme an der Kasse 25 Pfg.

Freunde und Genossen sind hierzu eingeladen.



## Rothenburger Erker, L.-Kleinzschocher.

Jeden Abend von 8 Uhr an Konzert von der Damenkapelle Altenbergen.

## Restaurant zur Nonnenmühle, Leipzig Mühlg. 14.

Empfiehlt meine freundlichen und geräumigen Lokalitäten zur geselligen Verwaltung. ff. Getränke, gute Küche. Kräftige bürgerliche Mittagstisch sowie jeden Sonnabend Schweinskochen. Hochachtend Gustav Linsenbarth. Gesellschaftsaal zu Feiern und Familienfesten steht uneigentlich zur Verfügung.

## Zur Dorotheen-Passage Restaurant und Café.

Dorotheenplatz 2. Inh.: Gustav Zupke.

Empfiehlt hiermit meine freundlichen, der Neuzeit entsprechenden Lokalitäten mit ff. Allard und Blanino. ff. Lagerbier, echt Bäuerlich, Kofe. [11324]

Guten kräftigen Mittagstisch.

Mittwochs Schlachtfest. Sonnabends Schweinskochen.

Schletterstr. 11. Bannen- u. Kurzäder, Backwaren, Waffage. Spec.: Altemadeldampfbäder, fisch. Hilfe bei Gicht, Rheumat., Erfältungsleiden etc. [12019]

## Das Baumwollwaren-Geschäft

von Charl. Kriegel

Plagwitz, Merseburger Straße 23

vor. Detailverkauf der Leipziger Baumwollspinnerei

empfiehlt Barchent in rot, gebreicht und bunt, Hemdentücher, Bett- und Tischwäsche, Inlets, Taschen- und Handtücher, fertige Herren- und Frauenehemden, Schürzen etc. in anerkannt besten Qualität und zu sehr billigen Preisen. [766]

Dampfbäder, milde, römischi-brüsse, Voll- und Teid-Dampfbäder, Einpäckungen, Spezialformen, anerkannt vor. Waffage, Damenzeit von 1-4 Uhr nadun. Schwimmhöll, trübschlüssig Wasser. Dame zeit: Montag, Mittwoch, Sonnabend v. 2-1/2 Uhr nadun. Dienstag, Donnerstag, Freitag von 7-9-11 Uhr vor. Bannenbäder I. u. II. Klasse für Damen u. Herren zu jeder Tageszeit. Die Anstalt ist für alle Bäder von früh 6 bis abends 8 Uhr geöffnet. [12551]

Täglich

## frische Seefische

empfiehlt

Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee“ Reichsstrasse.

Dr. med. Hasche

prakt. Arzt u. Geburtshelfer

Arzt der Ototräntenkasse

Gaußstr., Coburger Str. 59, I.

Gebrauchs-Muster.

Markenschutz beim Kaiserl. Patentamt besorgt:

Ed. Breslauer, Mitglied des Verbandes Deutscher Patentanwälte,

Johannigasse 3 (Ecke Augustusplatz).

Telephon-Nr. 6815.

Berantwortlicher Redakteur: August Lüttich in Leipzig. — Druck und Verlag: Buchdruckerei und Verlagsanstalt der Leipziger Volkszeitung G. Heinrich in Leipzig.

## Leipziger Volkszeitung

Vereinsverein f. Plagwitz-Lindenau

Vereinslokal: Restaurant zwei Lindenau, Karl Heine-Straße 70 (gegenüber dem Straßenbahnhof).

Achtung! Sänger!

Die Übungsstunde findet diese Woche am Donnerstag im Vereinslokal statt. [465] D. O.

Rest. König Albertbrücke, Lindenau.

Fremde und Genossen vergessen den sanften Richard nicht. [5610]

Morgen Mittwoch Schlachtfest.

Täglich frische Kalbdamen, Kindersöpfen,

Leber ic. Stötteritz. Hauptstr. 54.

Habt sich!

Viel unter Preis.

Durch dieses Geld Einkauf!

bei größter Auswahl billig sind Waren durch Einkauf von Wands- und Leinwand- scheinen sowie durch Ankauf von höheren Ständen u. v. den bedeutendsten Fabriken.

Anzüge, Jackets, Hosen

Winter-Joppen.

100 e!!! [10645]

Neue und getragene

Hosen

zurückgesetzt

das Doppelte wert, 3, 3 1/2, 4, 4 1/2, 5,

5 1/2, 6-10 M.

für Radfahrer, Turner u. s. w.

Reit- und Stechhosen.

Sommer- und Winter-Ueber-

zieher, Pelerinen-Mäntel

von 7 1/2, 8, 9, 10, 11, 12-24 M.

Anzüge für

Burschen, Knaben, Kinder

sowie einzelne Joppen und Hosen.

Arbeits-Bekleidung

für jeden Beruf, sowie Kellnerstracks,

Jackets sowie für Kellnerburschen,

auch schwarze Hosen.

Schuhwaren

für Damen, Herren und Kinder zu jedem

Preis billig.

Auch empfehlen wir Uhren, Ringe,

Overnatäler. Alles billig bei

Gebrüder Cohn

Nikolaistraße 27, 1 Tr., Eingang

im Hausflur.

Rähmaschinen

Allgemeinlauf d. Originale

Vittoria, gebr. Singer von

15, M. an, auch Teilzahlung,

unter Garantie. [459]

Reparaturen und Ersatzteile billigst.

Lehrkursus der mod. Kunststickerie.

H. Schube, Petersstr. 34, im

Hof (Dreikönige).

Monatsgarderobe.

J. Kindermann, Salzgäßchen 9, I.

am Markt und Rathaus.

Aufsehle in reich. Auswahl allerfeinste

Winter- u. Frühj.-Vestots, kompl. An-

züge aller Farben u. Welt. Eleg. Frads

und Gesellschaftanzüge auch leibweise.

Empfehlung

sämtliche Artikel

zur Wochen- und Krankenpflege.

Hofenträger, Stollerzen, Massagearbeit

Preisliste 30 Pfg. [12584]

Franz Auguste Graf, Nikolaistraße 4.

Herren- u. Knabenanzüge

auch nach Maß, Wäsche, Bettfedern,

Stieberstoffe, Gardinen, Uhren etc.,

erhalten reelle Familien gegen Teil-

Zahlung von 50 Pfg. an. Komme mit

Wunder ins Haus. Aufträge erbitte unter

Chiffre L. G. 9081 an Rud. Mossé, Leipzig.

Neugebauer, stadt. gebild.

sozial. ohne ge-

prüft. Praktikant d. Homöopathie u.

Naturheilmethode, früher an Dr. Willm.

Schwabes Poliklinik, bedr. u. lang. Et.

Gesellschaftskrankenb. d. M. n. Dr., Pfarrer,

Zieren-, Magen-, Par., Hant- u. Per-

ventileid, Atemnot, Weißknöd. u. m.

nochweis, vorz. Erfolg. Heilshof. 33/35.

Spitalstr. 9-25-3, Raum. 10-11; ausw. Brief.

Lehr. Möbel faust Vor. Kl. Fleischerg. 11.

Fränenhaare faust Fleisch.

Ernst Seidemann, L.-Kleinzschocher.

Käufe und Verkäufe.

Ottomanen 46 M., Angath. 5 M.,

wöchentlich 1 M. Bettstellen mit

Matratzen 36 M., Angath. 5 M., wöchentlich 1 M.

Rapellenstraße 3/4 u. 10.

faust man am billigsten bei

Ürmacher

Wihndienstra 17, gegenüber Wihnd. Br.

Gebr. F. Ohnsorge, Nikolaistra. 20, I.

Gebr. F. Ohnsorge, Nikolaistra. 20, I.

Eine ältere Frau taglich zu 8 Kindern

geucht Kleinzschocher, Klingerstr. 51, pt.

Für nur 3 M. werden Überzücher

dem, gereinigt u. gebüg. Anzüge 3 M.

Neopat. billig. G. Henrig. Schneider-

meister & Witwe, Mattheisstr. 24, 6. II.

Tanz-Unterricht

erteilt zu jeder Tageszeit, auch Son

# Beilage zu Nr. 12 der Leipziger Volkszeitung, Dienstag, 15. Januar 1901.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatt.)  
werden. (Beifall.) Ribot erklärt sich von den Ausführungen des Vorredners vollständig bestrieden. Hierauf wird die Besprechung geschlossen.

Niedermann nimmt der Ministerpräsident Waldeck-Rousseau eine Tagesordnung an, in der die Erklärungen der Regierung gebilligt und auf deren Festigkeit gezählt wird, um die Rechte des Staates zu sichern. Der erste Teil, der die Billigung der Regierungserklärungen enthält, wird mit 499 gegen 95 Stimmen und der zweite Teil mit 310 gegen 92 Stimmen angenommen. Mehrere Deputierte beantragen Zusätze zu dieser Tagesordnung. Sie werden abgelehnt, und die Tagesordnung wird im ganzen angenommen.

Kriegsminister Andrès ordnete gegen den Brigadier-General Gélin de Bourgogne wegen einer von ihm gehaltenen antirepublikanischen Rede eine Untersuchung an.

## Spanien.

### Wider die Carlistas.

Madrid, 14. Januar. In dem hiesigen Palast des Marquis de Veralbo, eines Vertreters von Don Carlos, hat heute eine polizeiliche Hausdurchsuchung stattgefunden; die Schriftenstücke, die man suchte, wurden jedoch nicht gefunden. Die Behörden lassen fortwährend die Carlistas sorgfältig überwachen.

Der Minister des Innern erklärt, die Gerichte über carlistische Unruhen an der Pyrenäengrenze seien nicht unbegründet. Die Vorsichtsmassregeln sind deshalb verdoppelt worden.

## Großbritannien.

### Ein Konflikt im Kriegsamt.

London, 15. Januar. Ein ernster Konflikt ist im hiesigen Kriegsamt ausgebrochen. Die bedeutendsten Militär- und Civilmitglieder des War-Office drohen, ihre Demission einzureichen, falls dem neuen Befehlshaber Roberts freie Hand zur Neugründung des Kriegsdepartements gelassen werden sollte. Lord Roberts hat aber das ihm verliehene Amt gerade unter diesen Bedingungen übernommen. Er ist entschlossen, mit den bisherigen Traditionen zu brechen, oder andernfalls sein Amt niederzulegen; er befindet sich mit dem Kriegsminister Brodrick in vollstem Einvernehmen. Auch dieser wird bei dem Konflikt nicht nachgeben.

## Reichstag.

25. Sitzung. Montag den 14. Januar, 1 Uhr.

Am Bundesstaatlich: Graf Posadowsky.

Die

### zweite Statsberatung

wird beim Statthalter des Reichsamts des Innern fortgesetzt. (Titel Staatssekretär.)

### Abg. Dr. Hilde (Centr.):

Die 12 000 Markt-Affaire ist durch die präzisen Erklärungen des Reichskanzlers für uns erledigt. Auch die Kenntnisse des Herrn Bück können uns nicht veranlassen, für die von Herrn Fischer eingebrochene Resolution zu stimmen. Hoffentlich hat aber das Vorgehen des Herrn Bück das Reichsamt des Innern davon überzeugt, wie gefährlich es ist, mit einem so einseitigen Interessenverband in Beziehung zu treten. Die 12 000 Markt-Affaire bedauern wir, aber von einer Abhängigkeit des Reichsamts des Innern vom Centralverband kann nicht die Rede sein. Einer solchen Annahme stehen schon die Thaten des Grafen Posadowsky entgegen, ich erinnere nur an seine Stellungnahme für die Rentenstellen.

Ich komme nun zur Sozialpolitik. Für einen erhöhten Schutz der Bäuerinnen sind wir stets eingetreten, nur über die geeigneten Wege gehen die Meinungen auseinander. In Bezug auf die Arbeitszeit ziehen wir die Wochenregelung der Tagesregelung vor. Die Kritik, welche Herr Wurm an dem Register der Gewerbe-Inspektionsberichte vornahm, kann ich mich nicht anschließen. Höchstens wäre es angebracht gewesen, alle Mitteilungen über die Beschäftigung verheirateter Frauen unter ein Stichwort zu bringen. — Was nun die Hauptfrage, die Fortentwicklung der Sozialreform anlangt, so haben die Herren Bassermann und Rösle bereits sehr dankenswerte Anregungen gegeben. Nach den Erklärungen des Herrn Staatssekretärs sind ja auch genug Eisen im Feuer, aber die Entwicklung geht doch allzu langsam vorwärts. Über die Frage der gewerblichen Kinderarbeit, die Arbeit verheirateter Frauen und der Haushaltsindustrie werden schon lange Erhebungen angestellt, ohne daß man zu positiven Resultaten kommt. Ebenso

## Kleine Chronik.

Leipzig, 15. Januar.

Theaternachrichten. Am heutigen Mittwoch gelangt im Neuen Theater die dreiklangige Oper König Drosselbart von G. Küstenkampf zur ersten Aufführung. Vorher findet die Erstaufführung des einaktigen Singspiels Eifersuchtig von M. J. Erd statt. — Im Alten Theater wird nachmittags 3 Uhr Schneewittchen, abends 7 Uhr als 14. volksmäßige Vorstellung zu halben Preisen Ophelia gegeben.

Morgen Donnerstag geht im Neuen Theater Schillers Schauspiel Wilhelm Tell in Scene. — Im Alten Theater wird die Operette Die Landstreicher wiederholt.

Für den Freitag ist im Neuen Theater die Oper Die versunkene Glocke, im Alten Theater Flachmann als Erzieher angelegt.

Siebentes philharmonisches Konzert. Leipzig läßt sich so gern als Musikmetropole rühmen — aber wie sieht's in Wahrheit mit dieser "Musifstadt ersten Ranges" aus? Nun, wir bekommen hier so ziemlich die meisten und gerade die wichtigsten musikalischen Neuererscheinungen ein paar Jahre später zu hören, als andere kleinere und weniger musikonomistische Städte. Im Theater ist es in letzter Zeit ja besser geworden, doch im Konzertwesen gilt nach wie vor die Devise "immer langsam voran". Man muß dem Verantwortler der philharmonischen Konzerte, Herrn Ernst Kulenburg, dafür Dank wissen, daß wir überhaupt, wie vor zwei Jahren mit dem "Baratibus" so auch jetzt wieder durch seine Vermittelung mit dem "Heldenleben" von Richard Strauss Bekanntheit machen könnten, mit diesem meistbeprobten, geschnittenen und geprägten musikalischen Werk der letzten Jahre, das schon in allen anderen größeren Städten nicht nur einmal sondern wiederholt aufgeführt worden ist. Es tritt nun an uns die Aufgabe heran, unsere Leser über dieses kunstvolle, schwierig so komplizierte Werk kurz zu unterrichten, werden sie doch nach eimalgem. hören des selben nur allgemeine dunkle Eindrücke davon empfangen haben, sofern sie sich nicht durch vorheriges Studium der ausgezeichneten "Erklärungsschrift" von Friederich Rösch darauf näher vorbereitet hatten.

Nicht das Heldenleben, sondern nur ein Heldenleben will Strauss in seiner Tonbildung schildern, und stellt so der typischen Eroica Beethovens seinen modernen Subjektivismus gegenüber. Doch darf die Person des Helden nicht etwa bloß als Kriegsheld verstanden werden, sondern er ist zugleich als ein auf künstlerischem, geistigem Gebiet hervorragender Held der Phantasie gedacht. Diejen-

steht es mit dem sanitären Maximalarbeitsstag. Erfreulich ist es, daß der Kommission für Arbeiterschutz wieder neue Aufgaben übertragen sind, so Erhebungen über die Arbeitszeit der kaufmännischen Angestellten und über das Fleischereigewerbe. Was die Krankenversicherungsnovelle und die freien Hilfsklassen anlangt, so bitte ich den Staatssekretär, nicht Vorlagen einzubringen, die noch abgelehnt werden und höchstens Wohlthaten hinterlassen. Sehr wünschenswert wären nach dem 10-jährigen Bestehen der Arbeiter-Schutzgesetz Erhebungen über die Wirkung dieser Gesetze. Sollen schließlich aber die sozialpolitischen Aufgaben wirklich wirksam gefördert werden, so ist die Errichtung eines Reichsarbeitsamtes zur Entlastung des Reichsamts des Innern unbedingt nötig. (Bravo im Centr.)

### Abg. Hoch (Soz.):

Jedes Jahr, wenn wir unsere Kritik bei diesem Stat vorbringen, wird man uns Uebertriebungen vor. Aber auch diesmal ist es nicht gelungen, irgend eine von uns vorgebrachten Thatlachen zu widerlegen. Auch die Angriffe meines Parteigenossen Wurm auf die sächsischen Fabrikinspektoren sind nicht widerlegt worden. Der Vertreter der sächsischen Regierung meinte, den sächsischen Beamten würde ihre Thätigkeit erschwert durch das Misstrauen der Arbeiter. Er hätte sich doch fragen sollen, woher dies Misstrauen kommt. Es ist die natürliche Folge des Verhaltens der Fabrikinspektoren zu den Arbeitern, wenn die Arbeiter von diesen schikaniert und ungerecht behandelt werden, schwindet ihr Vertrauen; wo die Beamten aber ihre Pflicht thun, da gewinnen sie auch mit der Zeit das Vertrauen der Arbeiter. So in Württemberg, wo die Inspektoren sogar mit den sozialdemokratischen Arbeitervertretern zusammenkommen. Die Angriffe Wurms gegen das Register und gegen die verkehrte Wahl der Stichworte darin sind nicht widerlegt worden. In dem ungenügenden Ergebnis der Sozialpolitik hat besonders das maßgebende Centrum schuld. Es wäre erwünscht, daß es ebenso elsig für die Sozialreform eintrate, wie für die Verbesserung der Lebensmittel. (Sehr gut bei den Sozialdemokraten.) Das Reichsamt verschleppe die sozialpolitischen Vorlagen, das geht sich beim Krankenversicherungsgesetz, bei der Regelung der gewerblichen Kinderarbeit und der Frauenarbeit. Nur immer Enquêtes werden veranstaltet, aber damit ist den Arbeitern nicht geholfen. Die Regierung sagt in der Enquête über die Kinderarbeit, sie habe sich die Gelege über die Kinderarbeit in den einzelnen Staaten Nordamerikas nicht verschaffen können. Warum denn nicht? Die vorgebrachten australischen Gesetze über diesen Gegenstand sind nicht einmal erwähnt.

Im Reichsamt des Innern herrscht völlige Unfähigkeit, die Würde der Arbeiter zu vertreten. Das zeigt sich besonders beim Bauarbeiter-Schutz. Da hat der Staatssekretär in einem Rundschreiben an die Einzelregierungen vorgeschlagen, daß die Baukontrolle von Arbeitern vorgenommen werde, die in Lohn und Brot bei dem Unternehmer stehen, den sie eventuell benutzten müßten. Das war nicht etwa ein Scherz, sondern ganz ernst gemeint. Die Einzelstaaten haben eine so lächerliche Maßregel nicht ergriffen. In Preußen aber hat man die Kontrollbeamten für die Bauten von der Innung stellen lassen. Das ist so preußische Sozialreform. In Bayern sind vernünftigerweise die Arbeiter zu einer Konferenz über diese Frage herangezogen worden und da ist beschlossen worden, daß die Arbeiter, die die Kontrolle ausüben, Beamtenstellung einzunehmen müssen. Der Gewerbeinspektor von Baden beschwerte sich über die falsche Fragestellung, die das Reichsamt des Innern für die Frauenarbeitsenquete angeordnet hat. Es ist eine Belästigung für die Arbeiter, daß in der geheimen Enquête über die Krankenversicherungsgesetz nach Missbräuchen gefragt wird, die in der Verwaltung dadurch entstanden sein sollen, daß Sozialdemokraten im Vorstand der Krankenkassen sitzen. Es ist das eine Verleumdung von Recht und Verfassung. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Im Krankenkassengesetz wird kein Unterschied zwischen sozialdemokratischen und nichtsozialdemokratischen Arbeitern gemacht. Das eingeschlagene Verfahren bedeutet eine Degradierung der sozialdemokratischen Arbeiter zu Bürgern zweiter Klasse. (Vizepräsident Blaßling rief den Redner wegen dieses Ausdrucks zur Ordnung.) Der Staatssekretär hat die Pflicht, gegen solches Vorgehen einzutreten, das geeignet ist, uns die Mitarbeit an der sozialpolitischen Gesetzgebung zu verleidern.

Der Herr Staatssekretär meinte, wenn einmal ein Nachfolger von ihm den Beifall der Sozialdemokraten finden sollte, so wäre das Ende der bürgerlichen Gesellschaft da. Wir haben niemals von der Regierung verlangt, daß sie sozialdemokratische Politik treibt; wir verlangen nur, daß sie weiß, was sie will und einen bestimmten sozialpolitischen Kurs verfolgt. Aber allein schon die verfehlte Organisation des Reichsamts des Innern verbündet die falsche Entwicklung sozialer Gesetzgebung. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

### Staatssekretär Graf Posadowsky:

Der Herr Vorredner sagte ganz zutreffend, daß man von der Regierung auch das verlangen kann, was sie unter den gegenwärtigen politischen Verhältnissen zu leisten im Stande ist. In seinen Ausführungen verließ er aber diesen Boden; er vergaß namentlich, daß ich Beamter in einem föderativen Staate bin. Wir würden

weiter kommen, wenn Sie in Ihrem Urteil etwas mild und gerechter sein würden, denn die ewigen Vorwürfe von Ihrer Seite beweisen, daß ich sowohl wie meine Beamten allmählich abtumpfen. (Sehr richtig! rechts.) Wir wollen ebenso gut wie Sie das Beste des Arbeiterschutzes! Mit den ruhigen Erörterungen, wie Sie in den Kommissionen auch die Sozialdemokraten pflegen, geht es wohl besser vorwärts.

Nun komme ich auf die einzelnen Punkte. Bei den Bauverträgen des Fiskus wird keineswegs immer ein Streit als vis major (höhere Gewalt) betrachtet, die vom Verträge entbinbet, sondern es wird von Fall zu Fall entschieden. — Auf dem Gebiete der Bädereltern sind schwere Uebelstände durch gerichtliche Urteile festgestellt (hört, hört bei den Sozialdemokraten), denen — freilich unter Gewährung einer Übergangsfrist für die Bädereltern — entgegengetreten werden muß. — Betreffs der, wie behauptet wird, allzu milden Gerichtsstatuten in Sachen der Uebertritung des Unfallverhütungsvorschriften beabsichtige ich eine Denkschrift auszuarbeiten. Herr Hoch hat wieder den Erfolg über den Bauarbeiter-Schutz berührt. Er mußte aber selbst zugeben, daß das Vor gehen Bayerns eine direkte Folge meines Erlasses ist. Die anderen Staaten haben allerdings meinen Vorschlag als zu weitgehend abgelehnt. Einen Zwang konnte ich auf sie nicht ausüben. — Die Publikation über das Krankenversicherungsgesetz ist eine reine Privatarbeit. Für die Verfügung eines einzelaussätzlichen Beamten bin ich nicht verantwortlich. Auf eine sachliche Erörterung der gerügten Fragebogen kann ich mich hier nicht einlassen.

**Sächsischer Bundesbevollmächtigter Geh. Rat Fischer:**  
Das Misstrauen der sächsischen Arbeiter gegenüber den Gewerbeinspektoren, das Herr Hoch auf das Verhalten der letzteren zurückführt, ist wesentlich ein Produkt des bei den sächsischen Arbeitern von gewisser Seite geflügelten genährten Bestrebens, sich fernzuhalten von den staatlichen Behörden. So schlimm aber, wie Herr Wurm und Herr Hoch es dargestellt haben, ist das Verhältnis zwischen den Arbeitern und den Aufsichtsbeamten doch nicht.

### Staatssekretär Graf Posadowsky:

Ich habe vorhin vergessen, auf die Anfrage des Herrn Abg. Hilde zu erwählen, daß die Ausführungsverordnung zum § 105 o der Gewerbeordnung in allernächster Zeit ergehen wird.

### Geh. Rat Werner:

Die Klagen des Abg. Wurm über das verspätete Erstellen des Registers sind unbegründet, denn der Registerband ist schon am 6. November, also noch vor Zusammentritt des Reichstages an denfelben gelangt. Herr Wurm hat das Register der preußischen Fabrikinspektorenberichte gelobt. Dies ist in der That sehr zur Bequemlichkeit derjenigen eingerichtet, die eine abfällige Kritik über wollen (Unruhe bei den Sozialdemokraten), denn es ist kein Register, sondern eine gedrängte Inhaltsübersicht. Da brauchte man die Berichte nicht erst durchzulesen. (Unruhe bei den Sozialdemokraten.) Eine erhebliche Detaillierung der Angaben über die Frauenarbeit war überflüssig im Hinblick auf die Denkschrift. An dem Register werde ich festhalten, so lange mir nicht mit sachlichen Gründen abgewiesen wird, daß ein fachliches Register möglich ist. Daran werde ich festhalten, obwohl ich nach den Worten des Herrn Fischer nur ein meinungsloser Geh. Rat bin. Wir meinungslosen Geh. Räte haben für Sie (zu den Sozialdemokraten), um einen Börsenausdruck zu gebrauchen, gar keine Meinung, wohl aber haben wir Ihnen eine Meinung, die ich nur deshalb nicht ausspreche, weil sie Ihnen vermutlich ebenso gleichgültig ist, wie uns Ihre Meinung von uns.

### Abg. v. Gzarlnski (Pole):

beschwert sich über die Verdeutschung polnischer Eigennamen bei Eintragungen ins Standesamtsregister. Als er vom Vizepräsidenten darauf aufmerksam gemacht wird, daß diese Angelegenheit nicht zum Reichsamt des Innern gehört, sondern möglicherweise zum Reichsjustizamt, verläßt er diese Angelegenheit und beschwert sich darüber, daß polnische Stimmgabell für ungültig erklärt werden sind, weil sie in polnischer Sprache lauteten.

### Abg. Dr. Müller-Welingen (Frei. W.):

fragt an, ob Deutschland der internationalen Gewerbe-Schuh- und Patentunion beigetreten sei und bittet den Staatssekretär, eventuell den Beitritt Deutschlands zu beschleunigen und für die fristige Entwicklung dieser Union im Sinne unseres Gesetzes über den unlauteren Wettbewerb zu sorgen. Die hohe Bedeutung unseres Gesetzes für den Weltmarkt macht ein Gesetz zum Schutz der Erzeugnisse der bilden Kunst dringend nötig. Für das deutsche Kunstgewerbe ist es wichtig, daß auch mit Russland und Holland ein Abkommen getroffen werde. Das Warenzeichengesetz und das Gesetz über den unlauteren Wettbewerb bedürfen dringend einer Reform. Ich bitte den Staatssekretär, eine Enquête zu veranstalten über die Wirkung des Gesetzes zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbes. Mit welchen Staaten stehen wir in einem Gegenseitigkeitsverhältnis bezüglich der Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbes?

Schließlich muß ich noch auf das von dem Herrn Abgeordneten Wiener schon erwähnte Verbot der Verwendung von Phosphor bei der Herstellung von Zündhölzern kurz eingehen. Im Gegensatz zu meinen Fraktionsgenossen halte ich dieses Verbot für dringend erforderlich angelebt, der überaus schädlichen Wirkungen des

Helden fehlt Strauß die ihm umgebende und was bei einem großen, hervorsteckenden Menschen damit gleichbedeutend ist, sein seitige Welt entgegen und erhält so den deutlich scharfsten musikalischen Kontrast. Ein weiterer, wirksam abwechselnder Gegensatz erwächst aus dem Gefühlsleben des Helden, aus der Liebe zu seiner "Gesähterin." Diese drei Momente bilben die drei Hauptthemen: I. Der Held; II. Des Helden Wideracher; III. Des Helden Gesähterin. Im Durchführungsteil entspricht der vierte Abschnitt: Des Helden Walstatt, der Stimmung der ersten beiden Themen, und der jüngste: Des Helden Friedenswerke, der Stimmung des dritten Hauptthemas. Der sechste und letzte Teil: Des Helden Weltflucht und Vollendung, trägt den Charakter der Coda. Wir sehen also, wie tief von innen heraus Strauß auch hier wieder seinen Vorwurf gefaßt und wie weise er denselben sowohl dem Sinne des poetischen Gedankenganges wie den rein musikalischen Formbedürfnissen entsprechend zu gliedern verstanden hat. Dieses Heldenleben ist die furchtbare, dabei klare und einfache Konsequenz dessen, was Strauß auch schon in seinen früheren Tondichtungen anstrebt: Einen poetischen Gedanken, eine menschliche Entwicklung erlösend, kinderlos und logisch musikalisch wiederzugeben, ohne die musikalischen Formen aufzuheben, sondern im Gegenteil sie dadurch verstet, verinnerlicht darzustellen. So sehen wir bei Strauß aufs deutlichste, wie diese längst Schablonen gewordenen Formen, über deren Ursprung man sich vor lauter Gewöhnung an dieselben längst nicht mehr Rechenschaft ablege, gerade so ein Abbild, ein Werk der Natur sind, wie alle andere menschliche Kunst: Und so vereinigen sie sich bei Strauß mit einem poetischen Vorwurf aus ungewöhnlichen Gründen: Sein Heldenleben ist ein Werk der Natur, und die Heldenfiguren sind nicht nur einheitlich, sondern auch in sich selbst einheitlich.

Die Anforderungen, die das Werk an das ausführende Orchester stellt, sind namentlich hinsichtlich besonderer Kraftentfaltung und Ausdauer bedeutend; den Blasinstrumenten, vor allem den 8 Hörnern, fällt eine schwierige aber praktische und überaus dankbare Aufgabe zu, da alles aus der ureigensten Natur jedes einzelnen Instruments herausgeschöpft ist. Das auf 100 Mann verstärkte Wunderstein-Orchester spielt das Werk unter der mächtig befeuernden Leitung des Komponisten ganz ausgeglichen, nirgends war ein Erlahmen der Kraft zu spüren. Das Publikum nahm die Komposition begeistert auf und der lang anhaltende Beifall rief den großen Komponisten-Dixit wieder von neuem aufs Podium. Von einer Opposition, wie man sie eigentlich bei einem so neuartigen, fühligen Werk erwartet sollte, war nicht das geringste zu verführen. Eine weitere Meisterhat der Direktion Kunst war Strauß' Aufführung des Mozartischen D-Dur-Symphonie; so anmutig, wohlklangend und mit solch freier Grazie wird man kaum jeht von einem anderen Mozart interpretieren hören können — und das alles mit einem Mindestmaß von äußerer Belebung!

Auch Wagners Kaiser-Marsch, der das Konzert beschloß, glänzte durch ganz außergewöhnlich eiserner dynamische Abstufungen und einen gewaltig wirkenden Steigerungsplan. Zwischen den Orchesternummern sang Frau Pauline Strauß die Abne dect. Nieder ihres Gatten mit einer äußerst jazant, einheitlich-stimmungsvoll instrumentierten Orchesterbegleitung, und drei mit Klavier. Frau Strauß, die hier zum erstenmal auftrat, erschien, obwohl sichtlich etwas indisponiert, als eine starke Vortragskünstlerin, die tief innerlich zu gestalten weiß; ihre Stimme ist nicht groß oder von weitem Urange, aber von sehr sympathischem Klang und seiner Schulung; besonders der ruhige, lange Atem macht einen schönen Einbruch; und brachte z. B. den Schlüß des bekannten Straußschen Liedes: Traum durch die Dämmerung, zu ungewohnter tonischer Wirkung. Das Wiegenlied (op. 41, Nr. 1) mußte sie wiederholen. Alles in allem eines der interessantesten Konzerte der Saison!

Phosphors auf den menschlichen Organismus. Natürlich müsste eine Entschädigung der Arbeiter und Arbeitgeber der in Betracht kommenden Betriebe von Reichs wegen erfolgen. (Beifall links.)

**Abg. Horn-Sachsen (Soz.):**

Der Reichstag hat im vorigen Jahre über eine Reihe von Bestimmungen verhandelt, die den Kinderarbeits in gewissen Industrien betreffen. Nun hat aber der Bundesrat eine Verordnung erlassen, wonach in den Polierwerkräumen der Glashütten die Kinderarbeit bis zum 13. und 14. Lebensjahr zulässig ist, allerdings nur auf sechs Stunden. Für die Beschäftigung der Kinder in den Glasschleiferien steht das eine Verschlechterung dar, während doch gerade hier die sanitären Verhältnisse außerordentlich schlecht sind. Die Glasschleifer erreichen nur ein Durchschnittsalter von 35 Jahren. (Hört! hört! bei den Soz.) Die Verordnung des Bundesrats über die Sonntagsarbeit wird in diesen Betrieben größtenteils nicht eingehalten. Bleistahl wird Sonntags zehn Stunden gearbeitet. (Hört! hört! bei den Soz.) Auch die Verordnung des Bundesrats, wonach Frauen in solchen Räumen, in denen eine außergewöhnliche Hitze herrscht, nicht beschäftigt werden dürfen, wird vielfach nicht beachtet. Die Fabrikinspektion wendet den sonitären Missständen in den Glasbetrieben nicht die gehörige Aufmerksamkeit zu. Geradezu polizeiwidrige Zustände herrschen in der bayerischen Glassfabrik zu Marktredwitz. Vor allem steht Trinkwasser. Arbeiter, die Beikörperde üben, werden entlassen. Ein Missstand liegt auch darin, dass den Amtshauptbeamten zu wenig Rechte eingeräumt sind. Sie müssen empfindliche Strafen bei Nichtbeachtung der Schutzbefohlenen seitens der Unternehmer verhängen können. Vielfach kann aber auch die Amtshauptbeamten nicht ihre Pflicht und entfremden sich so die Arbeiter. Der Amtshauptbeamte des Dresdener Bezirks hat einen ganz falschen Bericht über seine Verhandlungen mit den Glasschleifern veröffentlicht. Er berichtet zum Beispiel, die Arbeiter in Radeberg hätten unrichtige Behauptungen über den Betrieb der Glashütte aufgestellt. Alle Angaben der Arbeiter über Staubsentwicklung, lange Arbeitszeit etc., sind aber durchaus wahr. Hier muss Wandel geschaffen werden. Die Glasarbeiter haben eine Petition an den Bundesrat gerichtet um Befreiung dieser Nebenstände. Ich hoffe, dass ihre Forderungen endlich erfüllt werden. (Bravol bei den Soz.)

**Abg. Dr. Möller-Kalderstautern (B. d. L.):**

In der 12000 Mark-Affäre muss ich den Herrn Staatssekretär doch in Schutz nehmen. Er muss das Recht haben, zur Propagierung seiner Gesetze auch private Mittel in Anspruch zu nehmen. Ganz falsch ist es übrigens, wenn die Herren der Linken behaupten, wir verfeindeten den Grafen Potadowsky nur, weil er ein agraristischer Minister sei. Einen agraristischen Minister denkt ich mir ganz anders. Ein solcher hätte ganz anders für die Durchführung des Fleischbeschaugeleis gesorgt, als es Graf Potadowsky gethan hat. Ich kann mir nur denken, dass bei der Hinaussetzung des Verbotes der Einfluss amerikanischer Büchsenleute wieder einmal unverantwortliche Einstüsse maßgebend gewesen sind. — Weiter muss ich darauf aufmerksam machen, dass die Vorbereitung der Handelsvereinbarungen viel zu langsam vor sich geht. Ich richte deshalb die Anfrage an den Staatssekretär und erwarte eine klare, bestimmte Antwort, ob der neue Zolltarif uns noch in dieser Tagung vorgelegt werden wird und ob die Regierung an der Absicht festhält, die bestehenden Verträge rechtzeitig zu schließen.

Heraus verlagt sich das Haus.

Nächste Sitzung Dienstag 1 Uhr (Quellsinterpellation Trimborn; Fortsetzung der zweiten Staatsberatung.) Schluss 6 Uhr.

## Der Krieg in Südafrika.

**Der Menge Beifall tönt ihm nur wie Hohu!**

Feldmarschall Lord Roberts ersuchte privatim den Lord mayor von London und die anderen Mayors, die beabsichtigte feierliche Übereichnung des Ehrenbürgerrrechtes an ihn anzuschieben; er habe, wie er sagt, die Empfindung, dass unter den gegenwärtigen unglücklichen Umständen in Südafrika für einige Zeit keinerlei Feierlichkeiten stattfinden sollten.

Weitere Nachrichten von Bedeutung liegen heute nicht vor. Der englische Telegraph ist merkwürdig schweigam.

## Die Vorgänge in China.

Zwei für einen.

Reuters Bureau meldet aus New York: Eine Depesche aus Peking von gestern meldet: Prinz Tsawing hat die gemeinsame Note am Sonnabend, Li-Hung-Tchang hat sie heute unterzeichnet.

Zwei für einen.

Aus Peking wird gemeldet: Prinz Chun stellte dem deutschen Gesandten einen Besuch ab. Die Unterredung hatte, wie es heißt, ein günstiges Resultat. Die Ernennung Chungs zum Kaiserlichen Abgesandten mit der Mission, sich nach Deutschland zu begeben, wurde gutgeschehen. Prinz Su wird ihn wahrscheinlich nach Europa begleiten.

Da hätten wir gleich zwei für einen. Welcher Triumph.

**Die Ehre.**

Unser rheinischer k.-Korrespondent schreibt uns: Der Aachener Volksfreund, ein Centrumsblatt, veröffentlicht in der Ausgabe vom 13. Januar den Brief eines Chinesoldaten Namens Peizer, von der zweiten schweren Haubitzenbatterie des ostasiatischen Expeditionscorps, der ihm von dessen Angehörigen zur Verfügung gestellt wurde. Der Brief ist von Fort Peihsang, 22. November datiert und enthält diese Stelle:

Wir haben bis jetzt schon vieles durchgemacht. In der Festung, in welcher wir leben, ist alles von Lehnm gebaut. Zehn Minuten von derselben liegt Peihsang, bewohnt von Chinesen. Wir bekommen das Trinkwasser von den Chinesen geliefert. Ehe wir das Wasser annehmen, müssen die Chinesen von demselben Wasser trinken, denn das Wasser in ganz China ist nämlich vergiftet. Am 19. November haben wir zwei Chinesen, die dies nicht wollten, dreimal aufgefordert, sie trinken; sie tranken aber nicht davon. Da habe ich und noch einer von meinen Kollegen die Ehre gehabt, den ersten Chinesen totzuschlagen, was für uns eine Freude war. Wir schauen nämlich niemand.

Man beachte, dass das Wasser nicht etwa von den Chinesen aus Bosheit vergiftet worden, sondern offenbar verseucht ist. Und weil die Chinesen von dem gefährlichen Wasser nicht mutig trinken wollten, dafür wurden sie ermordet. Der Briefschreiber bezeichnet es als Ehre und als Freude, dass er zum erstenmal einen Chinesen erschossen konnte. Soviel Soldatenbriefe aus China, soviel Schicksäfte!

## Aus Sachsen und den Nachbargebieten.

Immer noch die preußisch-sächsische Eisenbahngemeinschaft. Zu der Notiz des Berliner Tageblatts über die Absenkung der in Görlitz nach Sachsen zur Aufgabe gelangenden Frachtgüter über preußische Umwegsstrecken wird den Dresdener Nachrichten mitgeteilt, dass über die Leitung der Sendungen von der preußisch-sächsischen Gemeinschaftsstation Görlitz seit der Zeit, wo die sächsische Staatsseisenbahnverwaltung ihre besondere Absatzstelle dort aufgegeben hat, eine Vereinbarung besteht, wonach Sendungen nach dem westlichen Sachsen zur Hälfte unter Mitbenutzung der preußischen Bahnstrecken und zur Hälfte ausschließlich über die sächsischen Bahnwege zu befördern sind. Wenn hiernach Sendungen von Görlitz in denjenigen Monaten, in denen die preußischen Bahnwege beförderungsberechtigt sind,

nach Plauen i. B. über Hora—Eilenburg—Leipzig, sächsische Staatsbahn (nicht, wie in der Zeitungsnachricht angegeben, über Halleberg—Zeitz—Gera—Weida) und nach Chemnitz über Hora—Elsterwerda—Riesa geleitet werden, so geschieht dies gemäß den getroffenen Vereinbarungen und innerhalb der bereits in den achtzig Jahren festgelegten Umwegsgrenzen.

Wenn dieses Abkommen besteht — und darüber kann ja kein Zweifel bestehen — so ist es eben zum Nachteil Sachsen getroffen, denn wenn die Güter den geraden Weg gehen sollen, müssen sie eben immer durch Sachsen gehen. Sachsen ist also auf jeden Fall benachteiligt.

Die Sächsische Nationalliberale Korrespondenz teilt einen Passus aus dem Bericht der Leipziger Handelskammer über die Leipziger Bahnhofsvorhältnisse mit, in dem mitgeteilt wurde, dass die preußischen Bahnhöfe Leipzigs im Dezember vorigen Jahres, als eine Güterannahmung eingetreten war, für die aus Sachsen kommenden Güter gesperrt wurden, wodurch vielfacher Schaden entstanden ist; an diese Mitteilung schließt die Sächsische Nationalliberale Korrespondenz die mehrwähnige Meldung des Berliner Tageblatts und bemerkt dazu: „Es erscheint nach allen Erörterungen der jüngsten Vergangenheit und der vorstehenden Darlegungen dringend geboten, allein schon um Klärheit und Verhinderung zu schaffen, diese Angelegenheit mit aller Entschiedenheit im sächsischen Landtage zur Sprache zu bringen und die Finanzverwaltung bezw. den Herrn Finanzminister um Aufschluss zu ersuchen. Es geht denn doch nicht an, sich von den „befreundeten“ Preußen so fein säuberlich auszuhungern zu lassen.“

So schlimm wird es wohl mit der „Entschiedenheit“ nicht werden, aber notwendig ist es jedenfalls, dass die Angelegenheit einmal zur Sprache gebracht und Klärheit geschaffen wird.

Bu dieser Angelegenheit sind die Angaben von Interesse, die die National-Zeitung nach der Zeitung des Vereins deutscher Eisenbahnverwaltungen über die finanziellen Ergebnisse der preußischen Staatsbahnen macht. Aus dem dort gebotenen Bissensmaterial geht nicht nur hervor, dass die preußische Staatsbahn die höchste Rente abwirft von allen deutschen Bahnen, sondern auch, dass diese Rente fortwährend steigt, während die sächsische Rente fortgesetzt fällt. Von 1896 bis 1899 stieg die preußische Rente von 7,16 auf 7,30, die sächsische Rente fiel von 5,22 auf 3,92. Nach einer Mitteilung, die vor einiger Zeit durch die Presse ging, soll in 1900 die sächsische Eisenbahrente auf bis wenig über 3 Proz. gesunken sein. Während die bayerische und die württembergische Rente um ein geringes gesunken ist, ist die badische Rente sogar gestiegen.

Ein ähnliches Bild geben auch die Betriebskostenziffern der Eisenbahnverwaltungen, d. i. die Verhältnisse der Ausgaben zu den Einnahmen. In Preußen stieg der Betriebskostenziffer von 54,17 auf 57,95, in Sachsen aber von 61,23 auf 68,29; obgleich also der Betriebskostenziffer in Preußen viel niedriger war, als in Sachsen, ist er doch dort nur um 3,5, hier um 7 gestiegen. Die Betriebskosten sind also in Sachsen verhältnismäßig höher als in Preußen und deshalb kann auch Herr Miquel über die Betriebsüberschüsse, die er aus den Eisenbahnen bezieht, so gute Dinge sein, während der sächsische Finanzminister wegen der sinkenden Eisenbahrente fortgesetzt in danger Sorge ist.

Wenn nun auch die günstigsten preußischen Verhältnisse ihren Grund hauptsächlich darin haben, dass bei einem größeren Verwaltungsgebiete die Ausgaben niedriger sind, so ist doch die Annahme nicht unberechtigt, dass diese günstigen Verhältnisse zu einem Teile auch in den Manipulationen der preußischen Staatsbahnverwaltung gegen die Bahnverwaltungen derjenigen Bundesstaaten beruhen, die mit ihr in Verbindung kommen und hierbei kommt in erster Linie Sachsen in Frage.

Dresden, 14. Januar. Ein böses Malheur ist in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag der hiesigen Kriminalpolizei passiert. Die Sächsische Arbeiterzeitung berichtet darüber: Waren da in der vierten Etage in der Häftlingsabteilung des alten Polizeigebäudes vier Mann interniert, denen die Gefangenshaft offenbar ganz und gar nicht behagt hat. Und so fingen sie kurz entschlossen an, mit primitiven Hilfsmitteln — Stücken von Bettstücken etc. an dem Fußboden herumzuarbeiten. Diese polizeiwidrige Thätigkeit war von dem Erfolg gekrönt, dass sich die vier Inhaftierten durch ein zu stande gebrachtes Loch in die dritte Etage in das Zimmer eines Justizitors schwingen konnten. Die Sterile scheinen auch den Humor bei der Sache nicht verloren zu haben, denn sie hinterließen dem Herrn Assessor auf seinem Schreibtisch eine — Schriftstück — während sie sich als Gegenleistung dafür den — Polizei — ist einem mitnahmen. Darauf ging es mittels zusammengebundener Strohsäcke durch das Fenster hinab ins Freie. Unversehrt und ungehindert kamen die vier davon und man hat sie bis jetzt nie wieder gesehen. Vielleicht lassen sie sich irgendwo nieder, um mit Hilfe des Dresdener Polizeistempels eine Färbrik für Legitimationspapiere einzurichten. Auf der Polizei staunte man nicht schlecht, als man die Verhinderung gewahr wurde. Bemerkte sei, dass zur Zeit wegen dem Übergang nach dem neuen Polizeigebäude die Gefangenewachen verstärkt sind, was der Sache jedenfalls ein noch originelleres Gepräge giebt.

Borna, 14. Januar. Der Rat erlässt die Bekanntmachung, die Erhebung einer Gemeinde-Gewerbesteuer für Großbetriebe betreffend. Dieser Steuer unterliegen Großbetriebe, die sich damit beschäftigen, im Detailgeschäft Lebensmittel, Genussmittel, Bekleidungsgegenstände etc. zu verkaufen, und deren Jahreserlös aus dem Verlaufe der Waren im letzten Geschäftsjahr den Betrag von mindestens 120 000 M. erreicht hat. — Einen Warenverlust von mindestens 120 000 M. hat hier nur der Konsumverein. Die Gemeinde-Gewerbesteuer für Großbetriebe ist also weiter nichts als eine Umsatzsteuer für den Konsumverein.

ee. Plauen i. B., 14. Januar. Die hiesigen Musterzeichner sind in eine Lohnberbewegung eingetreten. Der Verein der Musterzeichner, der über 200 Mitglieder zählt, hat eine Kommission gewählt, die die Angelegenheit leitet. Eine öffentliche Zeichnerverfammlung stellte folgende Forderungen auf: Der Lohn soll bei Ostländiger Arbeitszeit betrachten für ausgelernte Zeichner nach 3jähriger Lehrzeit mindestens 18 M. für die Woche, für Gehilfen nach vollendetem 20. Jahre mindestens 24 M. für die Woche. Abzüge für gesetzliche Feiertage sind unzulässig. Allen vor dem 1. Januar eines Jahres eingestellten Gehilfen ist ein zusammenhängender bezahlter Sommerurlaub von mindestens 4 Tagen, für Gehilfen, die länger als 1 Jahr in demselben Atelier in Stellung sind, ein solcher von 6 Tagen

zu gewähren. Accordarbeit ist, ausgenommen für Hausarbeit, vollständig ausgeschlossen. Der Tarif, der allen Atelierhabern zugestellt wird, soll ab 1. Februar in Kraft treten. Dass es bei einigen Arbeitgebern zum Ausstand kommt, ist nicht ausgeschlossen. — Der Verein der Musterzeichner hat fürzlich einen Arbeitsnachweis errichtet, der, da er der einzige seiner Art ist, sehr frequentiert wird.

## Aus dem 11. sächsischen Reichstagswahlkreise.

Wurzen, 14. Januar.

r. Die Maurer hielten gestern nachmittag in Stadt Wien eine den Verhältnissen entsprechend gut besuchte Verfammlung ab. Kollege Jacob aus Leipzig sprach über die Aufgaben des nächsten Verbandsjahr, der im April in Mainz stattfindet. Als Delegierter für Wurzen wurde Kollege Wagner mit 68 Stimmen gewählt. Kollege Schneider wünscht, dass der Delegierte auf dem Verbandsjahr eine Preisangelegenheit bringt. Beim Punkt Innere Verfammlungen wurden die verschiedenen Missstände auf den Bauten, Baubuden, Aborten, Waschloren etc. zur Sprache gebracht und scharf kritisiert; ebenso wurde gerügt, dass organisierte Kollegen nicht die tarifgemäße Bezahlung für Nacht- und Sonntagsarbeit ausbezahlt erhalten haben. Ferner wurde in Vorschlag gebracht, eine Kommission zu wählen, die die Bauarbeiterverfammlungsvorschriften überwachen soll. Für zahlreiche Unterstüzung des Parteiblattes und des Verbandslokal wurde aufgefordert. Hierauf beschloss man, das 50jährige Jubiläum eines Verbandskollegen als Maurer zu feiern und soll eine dreigliedrige Kommission weitere Schritte einleiten. Kollege Kreischmar gab abschliessend die Befürchtung, dass der Verfammlung gewöhnlich Aufschluss über seine Maßregelung. Er hat Baumelster Vieweg auf Entschädigung wegen Befriedigungsloket Entlassung verklagt. Der jetzige Befriedigungsloket Vieweg erstattete den Jahresbericht. Danach sind eingezogenen für die Hauptfasse 4248,65 M., abgezahlt sind worden an die Hauptfasse 1761,58 M. und für den Streifkonto 1428,48 M. Für die Lokalfasse sind eingezogenen 1056,29 M. und ausgegeben 588,01 M. Der Kostenbetrag beträgt 108,28 M. Hieron sind der Hauptfasse 300 M. zur Verfammlung gestellt worden. Abgehalten wurden im verflossenen Jahre 6 öffentliche Versammlungen und ferner noch 28 Kommissionssitzungen. Der Mitgliederbestand betrug im ersten Quartal 186, im zweiten Quartal 212, im dritten Quartal 282 und im vierten Quartal 190 Mitglieder. Mit einer geschäftlichen Mitteilung erreichte die Verfammlung ihr Ende.

Schließlich. In der am 9. Januar abgehaltenen Kartellversammlung hielten Genossen Schreck einen Vortrag über die deutsche gewerkschaftliche Bewegung. Er führte an, mit welchen Schwierigkeiten sich die Gewerkschaften entwickelt und centralisiert haben. In der Diskussion wurde hervorgehoben, dass die Buchdruckerorganisation im allgemeinen und zwar vorzüglich in Leipzig, gegen die Arbeiterbewegung arbeitet. Weiter wurde das Verhalten der Leipziger Buchdrucker gerügt, soweit es sich um die Leitung der Leipziger Volkszeitung handelt. Im allgemeinen ist man der Ansicht, dass die Leipziger Buchdrucker mit ihrem Vorgehen der Arbeiterbewegung nicht nützen, sondern sie schädigen, aber am allermeisten sich selbst das mit treffen werden. Unter Beschiedenem giebt Genosse Görke bekannt, dass die diesige Gewerkschaft der Maurer ihre Zustimmung zu der eingeschlagenen Steuer des Kartells, pro Mitglied und Monat 5 Ps., gegeben hat. Weiter führt Genosse Dähne an, dass der Austritt aus der Kirche für den heutigen Geist zu empfehlen sei, und wünscht, dass dieses in den Arbeiter-Gewerkschaften etwas näher beleuchtet wird, da am heutigen Orte mehrere gesonnen wären, aus der Kirche zu scheiden, und hoffentlich sich dadurch noch mehrere anschließen würden. Der Kassierer des Kartells wünscht, dass die Vertreter dafür sorgen möchten, dass die Gewerkschaften in ihren Gewerkschaften dem Kartell gegenüber geregt würden, da doch der Geschäftsbetrieb der nächsten Verfammlung vorgelegt werden möchte. Auch müssten die Kosten des Mai-Projekts von verschiedenen Gewerkschaften noch beglichen werden. Weiter wünschten die Vertreter jeder Gewerkschaft einen Jahres-Bericht zugehen zu lassen. Der Kassierer verlangt, dass bei Zusammenstellung des Geschäftsbetriebs der Gesamtvorstand mit zugegen wäre. Genosse Görke führt an, dass in verschiedenen Gewerkschaften den Delegierten Däten gezahlt würden und wünscht, dass dies in allen Gewerkschaften eingeführt werden möchte. Genosse Schreck fragt an, ob die Eisenbahn-Direktion auf die Petition geantwortet hätte, was der Vorsitzende verneinen muss. Die Tagesordnung der nächsten Sitzung wurde wie folgt angelegt: 1. Einführung der neuen Delegierten. 2. Geschäftsbetrieb und Vorstandswahl. 3. Beschiedenes. Unentschuldigt fehlten die Genossen Stahn, Kohlmann und Fiedler.

g. Halle a. S., 14. Januar. Die freisinnigen Stadtverordneten erwiesen sich in heutiger Sitzung einmal ziemlich oppositionell, indem sie einen Auftrag des Magistrats, wonach für den Neubau der Pauluskirche die Baupolizeigebühren erlassen werden sollten, zum Falte brachten. Es wurde darauf hingewiesen, dass von höchster Stelle Spenden für die Kirche geslossen sind und die beiden Bürgermeister wünschen sich ehrlich ab, dem Kollegium „Star“ zu machen, dass die Kirche in der Volkserziehung „oben“ steht und dass es „noch außen hin“ einen schlechten Eindruck mache, wenn das Kollegium sich dieser Kirche gegenüber ablehnend verhalte, während es sich sonst gesellig zeigte. Alle guten Worte verflogen. Die Stadtverordneten werden sich aber schon bald wieder mit dem Magistrat vertragen.

f. Greiz, 14. Januar. Der Landtag nahm in seiner heutigen Sitzung gegen die Stimme des Abgeordneten Heustel einen Gesetzentwurf an, der das Spielen in nicht erlaubten Lotterien verbietet. Das Gesetz ist eine Folge des mit der Thüringisch-Anhaltischen Lotterie abgeschlossenen Staatsvertrags. Die Regierung erwartet durch den Vertrag eine bedeutende Mehreinnahme gegenüber dem früheren Abkommen mit der sächsischen Regierung.

In einer am Sonntag abgehaltenen Parteikonferenz erstattete der Verleger Bericht über den Stand der Neuen Sachsen-Zeitung. Diese erscheint seit 1. Juli 1900 täglich. Während sie nun früher bei dreimaligem Erscheinen fast immer mit einem erheblichen Überschuss abgeschlossen, hat sie im verflossenen Halbjahr mit einem bedeutenden Deficit abgeschlossen. Das Deficit ist der Erhöhung der Papierpreise zuzuschreiben. Die Differenz gegen den Vorschlag, der ganz gewissenhaft aufgestellt worden war, beträgt infolge dieser Erhöhung der Papierpreise rund 1500 M. Der Verleger, im Einverständnis mit der Preisskommission, hält die Erhöhung des Abonnementspreises für erforderlich. Zu einer Beschlussfassung kam die Parteikonferenz noch nicht, da die Frage in Parteigenossenkreisen erst genügend erörtert werden soll.

Erfurt, 14. Januar. Eine Unrechtsität im Kohlenhandel hatte der Redakteur der Tribune, Genosse Poppe, in seinem Blatte gerügt. Da aber bei den behaupteten Thatsachen ein Irrtum unterlaufen war, der seinem Gewährsmann zur Last fiel, so hellten der fragliche Kohlenhändler und sein Fahrermann Strafantrag wegen Beleidigung. Das Landgericht Erfurt hat dann am 13. November Poppe wegen Beleidigung der beiden zu vier Wochen Gefängnis verurteilt. Die Revision des Angeklagten, der sich vergeblich darauf berief, dass er rechtmäßige öffentliche Interessen vertreten habe, wurde heute vom Reichsgericht verworfen.

## Ein Nachspiel zum Steinbergprozeß.

Der Prozeß gegen Fräulein Blatho und Herrn Arndt wegen Beleidigung des Oberstaatsanwalts Dr. Isenbiel, der gestern vor der 7. Strafkammer des Landgerichts I zu Berlin zur Verhandlung gelangte, hat einen kolosalen Menschenandrang nach dem kleinen Sitzungssimmer der Strafkammer verursacht. Der Zuschauerraum war im Nu gefüllt und die Gerichtsdienster hatten schwere Arbeit, um die Ordnung aufrecht zu erhalten. — Den Vorfall führt Landgerichtsdirektor Voigt, die Anklage vertreibt Staatsanwaltschaftsrat Dr. Eger, als Verteidiger sind die Rechtsanwälte Morris und Dr. Hahn-Charlotenburg zur Stelle. Auf der Anklagebank hatten Blatho zu nehmen: 1. Fräulein Harriet Blatho, 26 Jahre alt, evangelischer Konfession; 2. der Grundstücksmaier Hugo Arndt, 39 Jahre alt, evangelischer Konfession. — Fräulein Blatho wird in einem Faile, Herr Arndt in drei Fällen der Beleidigung des Oberstaatsanwalts Dr. Isenbiel nach § 187 bzw. 188 des Strafgesetzbuches beschuldigt.

Die Angeklagte Blatho erklärt auf Fragen des Vorsitzenden: Sie habe Herrn Arndt gefragt, er solle Herrn Behrens für ein Gnadengefaß zu gewinnen suchen; Sternberg würde für eine wohltätige Stiftung 500 000 Mark geben und beim Gelingen des Gnadengefaßes 50 000 Mark bewilligen, welche Summe sie sich mit Herrn Arndt teilen wollte. Die ganze Sache sei nicht zur Ausführung gekommen und nicht über das Stadium eines Entwurfs zu einem Begnadigungsgesuch hinausgekommen. Die Angeklagte gibt ferner zu, daß sie vielleicht davon gesprochen habe, daß sie mit dem Staatsanwalt Dr. Isenbiel bekannte Frau von Gräfe über Sternberg gesprochen habe; sie bestreitet es aber entschieden, daß sie sich wegen der Begnadigung der Beihilfe der Frau von Gräfe bedienen wollte. Die Angeklagte erkennt einen an Arndt gerichteten Brief als von ihrer Hand geschrieben an, in welchem es ungefähr heißt: „Können Sie ermitteln, ob Herr F. B. die Mitglieder des Strafgerichts kennt und mir Empfehlungen mitgeben kann? Ich will hinüberfahren und soll für die Reise noch zwei Mille bekommen.“ Die Anklage nimmt an, daß dieser Brief von ihr auf Veranlassung von Arndt geschrieben sei.

Der Angeklagte Arndt erzählte dann, daß er zu Herrn Behrens gegangen sei und ihn gebeten habe, sich für Sternbergs Begnadigung zu verwenden. Herr Behrens habe erwidert, daß er nur dann für Sternberg sich verwenden würde, wenn er die Gewähr habe, daß Sternberg durch sein Vorleben und durch seine Vergangenheit eine solche Empfehlung verbüte. Er selbst, Behrens, wolle ja keinen Pfennig für seine Bemühungen haben, aber es wäre ihm keineswegs unangenehm, wenn ihm zu wohlwollenden Zwecken 500 000 M. zur Verfügung gestellt würden. Fräulein Blatho habe zuerst davon gesprochen, daß auch er, Arndt, etwas für seine Mühewaltung haben müsse, und 80 000 M. vorgeschlagen. Er habe gefragt: „Soll ich die allein haben?“ worauf Fräulein Blatho erwidert habe, daß sie die Hälfte davon haben müsse. Darauf habe er dann vorgeschlagen, daß sie 50 000 M. fordern sollte, es erhalte jeder dann 25 000 M. Abhandeln könne man sich immer noch etwas lassen. Dr. Werthauer habe im Laufe eines Gesprächs gefragt, das sein (bei Angeklagten) Gewährsmann, wenn er so hohe Beziehungen habe, vielleicht den Oberstaatsanwälten Dr. Isenbiel und Wachler näher treten und ihnen nahe legen könne, daß Sternberg ein Opfer von Intrigen sei; eventuell würde auch schon viel gewonnen sein, wenn der Staatsanwaltschaftsrat Dr. Romen nichts mehr bei der Sache zu thun habe.

Der Verleger der Staatsbürger-Zeitung, Wilhelm Bruhn, der unter Auslegung der Beobachtung vernommen wird, bekundet, daß der Angeklagte Arndt mit seinen Mitteilungen den Eindruck eines zuverlässigen Mannes auf ihn gemacht und daß er davon Nutzen genommen habe, weil er sich für verpflichtet gehalten habe, beratliche allgemein interessierende Sachen zur allgemeinen Kenntnis zu bringen.

Zeugin Frau verw. Reg.-Rätin v. Gräfe: Bei irgend einer Gelegenheit habe ihr Fräulein Blatho einmal gefragt, sie habe Mitleid mit Herrn Sternberg, da sie von dessen Unschuld vollständig überzeugt sei. Sie habe ihr keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie keinerlei Sympathie für Sternberg habe. Fräulein Blatho habe an sie niemals das Ansehen gestellt, auf Dr. Isenbiel einzutragen, sie würde auch nicht gewagt haben, ihr Geld anzubieten. Zeuge Bankier Fritz Behrens besinnt sich nur dunkel, daß die beiden Angeklagten einz- oder zweimal bei ihm gewesen seien. Der Zeuge kann sich absolut nicht erinnern, daß irgendwie Fräulein Blatho von ihm Empfehlungen an den Oberstaatsanwalt Dr. Wachler und den Oberstaatsanwalt Dr. Isenbiel erbeten habe.

Zeuge Oberstaatsanwalt Dr. Isenbiel: Frau v. Gräfe habe niemals auch nur den Schatten eines Versuches gemacht, auf ihn zu Gunsten Sternbergs einzutreten. Er sei auch nicht kurz vor dem Revolutionstermin nach Leipzig gereist, sondern sei seines Wissens seit 1884 nicht in Leipzig gewesen. Er kenne keinen der Reichsgerichtsräte näher und habe selbstverständlich auch keine Rücksprache mit ihnen genommen. Seines Wissens habe Frau v. Gräfe ihm gegenüber ein einziges Mal den Namen des Herrn Sternberg in den Mund genommen und zwar in ganz unverschämter Weise, indem sie die Frau Sternberg bedauerte. Er habe darauf gefragt, daß ihm auch die Frau leid thue.

Staatsanwaltschaftsrat Dr. Romen bekundet, daß es selbstverständlich ein ganz blödsinniges und wahnwitziges Dringelspiel sei, wenn irgendein behauptete, daß er seine Berufung in das Kriegsministerium Herrn Sternberg zu verdanken habe. Er sei durch das Vertrauen des Ministers in das Kriegsministerium berufen worden und dies habe seinen innersten Wünschen entsprochen. Er könne eine andere Darstellung wiederholen nur als Blödsinn erklären.

Rechtsanwalt Dr. Werthauer, unter Auslegung der Vereidigung, erklärt, nicht mehr gewußt zu haben, daß Arndt bei ihm gewesen sei. Die ihm vorgeworfenen Beeinflussungsversuche weise er mit aller Entschiedenheit zurück.

Nach Vernehmung des Landgerichtsdirektors Müller und des Redakteurs Boeckel wird der Redakteur Bruhn nach kurzer Beratung des Gerichtshofes vereidigt.

Staatsanwalt Dr. Eger beginnt sobald sein Plädoyer. Er hält beide Angeklagte für schuldig im Sinne des § 186 und des § 187, und zwar sowohl im Falle des Oberstaatsanwalts Dr. Isenbiel, als auch in der Angelegenheit des Staatsanwaltschaftsrats Romen. Staatsanwalt Dr. Eger beantragt gegen die Angeklagte Blatho mit Rücksicht auf ihre Unbescholtenseit und ihre hysterische Verfassung, andererseits aber unter Berücksichtigung des Umstandes, daß sie die ganze Sache in Scène gesetzt hatte, eine Strafe von vier Monaten Gefängnis. Bei dem Angeklagten Arndt komme als Strafverschärfend in Betracht, daß es unlautere Motive, lediglich Geldgier, waren, die ihn zu seiner unverantwortlichen Handlungsweise getrieben haben. Er beantragt gegen Arndt wegen des anonymen Briefes des Herrn v. Trescow eine Strafe von vier Monaten, wegen des anonymen Briefes an Dr. Romen eine solche von fünf Monaten und wegen der Urheberschaft des beleidigenden Artikels in der Staatsbürgerzeitung eine Strafe von acht Monaten, eine Gesamtsstrafe von einem Jahr Gefängnis. Sollte indessen der Gerichtshof der Ansicht sein, daß nur der § 186 (Beleidigung) zur Anwendung kommt, so bitte er, die Strafe nicht erheblich zu mindern, sondern auf neun Monate zu erkennen.

Die Verteidiger plädieren beide auf Freisprechung.

Nach kurzer Beratung fällt der Gerichtshof folgendes Er-senntnis: In Bezug auf die Angell. Blatho sei festgestellt, daß sie wußte, daß die ihr benachbart wohnende Frau v. Gräfe mit dem Oberstaatsanwalt Dr. Isenbiel bekannt sei; gegen sie spreche auch der Brief, den sie an Arndt geschrieben. Hier handle es sich aber um die Behauptung, daß Dr. Isenbiel nach Leipzig gefahren sei und die Reichsgerichtsräte beeinflusst habe. In dieser Beziehung werde sie nur durch Arndt belastet und der Gerichtshof habe es vorgezogen, sie freizusprechen, weil ihre Schuldfähigkeit klar erwiesen sei. Gegen Arndt habe der Gerichtshof auf eine Gesamtstrafe von

9 Monaten Gefängnis erkannt. Wenn die Behauptungen auch außerordentlich krass, dummkopfisch und thöricht gewesen, so habe der Gerichtshof doch nicht angenommen, daß sie wider besseres Wissen aufgestellt worden und nur § 186 in Anwendung gebracht. Der Schluß des § 193 steht dem Angeklagten nicht zur Seite. Bei der Abmeßung der Strafe habe der Gerichtshof erwogen, daß der Angeklagte aus den schäbigsten Motiven gehandelt habe. Mit dem Golde habe er angefangen und mit der Flucht aufgehört.

## Der Leipziger Löpferstreit beendet.

Nach ungefähr 13wöchigem Kampfe ist gestern der Streit resultlos aufgehoben worden. Die Ausständigen hatten kurz zuvor noch einen letzten Versuch zu einer beiderseitigen Verständigung gemacht, indem sie das Gewerbeamt als Einigungsamt antrieben. Die gegenwärtige ungünstige Geschäftszeit und die zahlreichen Arbeitswilligen haben aber auch diesen Versuch zum Scheitern gebracht; der Innungsvorstand lehnte die Einigungsverhandlungen ab. Am gestrigen Tage hat gleichfalls die Generalversammlung der Löpferzweiginnung getagt, in der auch in Gegenwart des Gesellenausschusses über das Lehrlingswesen und den Arbeitsnachweis beschlossen worden ist. In den Bestimmungen des letzteren ist u. a. festgelegt, daß hiesigen Löpfern das Anfragen gestattet ist, während Bureisende sich im Arbeitsnachweis und zwar in dem Vokal der Arbeitswilligen, im Restaurant Mühlle, Mühlstraße, zu melden haben. Der Arbeitsnachweis soll unter der Leitung des Obermeisters stehen und von vier Arbeitgebern und vier Arbeitnehmern veraltet werden.

Natürlich ist der Gesellenausschuß nur eingeladen worden, um die Weisheit der Herren von der Zunft mit anzuhören; ihm das Recht anzuerkennen, selbst seine Meinung hierüber zu äußern, dazu kann man sich in der Zunft eben nicht verstehen. So erklärte auch diesmal der Obermeister, daß die Bestimmungen bereits von der Behörde genehmigt seien und von etwaigen Aenderungen absehen werden müßte. Aber auch zu den Vorberatungen ist der Gesellenausschuß nicht herangezogen worden. Damit ist wieder die Thatache festgestellt, daß für die Zunft die gesetzlichen Bestimmungen gar nicht in Frage kommen. Der Gesellenausschuß hat aus diesem Grunde gegen die gesamte Zunftvorlage gestimmt.

Mit ganz geringen Ausnahmen haben aber auch die Arbeitgeber, bei denen die Arbeit seit längerer Zeit wieder aufgenommen worden ist, ihr Wort nicht gehalten. Statt ihrem Versprechen gemäß in der Zunft für die Wiederherstellung des alten Arbeitsnachweises zu wirken, haben sie mit den anderen Meistern gemeinsame Sache gemacht oder sie sind überhaupt nicht in den Zunftversammlungen antretend gewesen. Diese Haltung zeigt wieder deutlich, was man von den Versprechungen des Unternehmers zu erwarten hat; die Arbeiter, und nicht nur die im Löpfergewerbe, werden für die Zukunft eine Lehre hieraus ziehen.

Nachdem so nach allen Richtungen die Situation sich immer ungünstiger gestaltete, war auch die Aussicht auf einen siegreichen Ausgang des Kampfes immer mehr gesunken. Die gestrige Versammlung der Löpfer beklagte daher, den Streit aufzuheben. Es wurden folgende Anträge angenommen: 1. In Abrechnung der laufenden Geschäftsjahr und der vielen Arbeitswilligen, die durch allerlei Vorstiegungen nach Leipzig gelockt worden sind, beschließt die Versammlung, den Streit aufzuheben und in allen Geschäften, wo die Forderungen noch nicht unterschrieben sind, das Anfragen zu gestatten. 2. Die Kollegen, die zum örtlichen Unterstützungsverein seit längerer Zeit gesteuert und ihre Verbandsbeiträge entrichtet haben, sollen, soweit hierzu Geldmittel vorhanden sind, weiter unterstützt werden. — Es befanden sich noch gegen 70 Personen im Auslande.

## Gerichtssaal.

Landgericht.

Leipzig, 12. Januar.

Wie Schulden bezahlt werden. Bekanntlich scheidet sich die Menschheit in Arbeiter und in Besitzende; doch sträubt sich ein guter Teil der ersten dagegen, als Arbeiter bezeichnet zu werden. Zu dieser Species von Menschen gehört das Gros der Handlungsgehilfen. Es hat den Unternehmergeist eingefangen und es ist ihnen eine ausgemachte Sache, daß sie über kurz oder lang „einen Chef werden“. In den meisten Fällen wird dieser Traum freilich nicht verwirklicht; na wenn nicht, dann hat es eben mal nicht so geklappt. Unterscheidet sich der Handlungsgehilfe so schon in seinen Ansichten vom Arbeiter, so muß sich das angehende Unternehmerlein natürlich auch äußerlich sein vom Bleibepfer unterscheiden. Was macht's, wenn am 5. des Monats statt der Marktfüchsen nur noch Nadel- oder Kupferglocken in der Tasche klirrert. Große Geister regt ein solcher Mangel nicht auf, denn hoher Stahlkragen, Schafrock, Stiefeln von Glashandelschuh und Stöckchen, Schnurrbart „Es ist erreicht!“ wiegt das alles wieder auf und unterscheidet den Handlungsgehilfen wenig von dem Kommerzienratsbüchlein. Ja, das Neukerle, die Firma, muß gewahrt werden, wenn auch mit 60, 70 oder 90 M. monatlich es schwierig ist, das Soll und Haben der eigenen Kasse in Einklang zu halten. Doch auch für diesen Fall weiß der echte Werkzeugjünger in der Regel Rat, steht doch auf jeder Seite seiner Büchern neben dem Debet auch der Kredit verzeichnet. Was der Chef kann, kann sein Kamulins erst recht, und darum nimmt mancher Handlungsgehilfe denn auch den Kredit reichlich in Anspruch. Zu dieser Species gehört auch der 21jährige Handlungsgehilfe Albert Richard Göpfer aus Mühlau. Um sein äußeres Ansehen entschieden zu wahren, hatte er sich bei einem Schneidermeister einen Anzug auf Pump anfertigen lassen. Nun haben aber nicht alle Schneider so viel Geduld, daß sie mit dem Klassieren ihrer Rechnungen wie bei manchem Studenten bis zum 12. Semester warten. Wenigstens in diesem Falle ist dem ehrbaren Meister nach mehrfach vergeblichen Mahnungen der Geduldskaden und es stand zu befürchten, daß er sich wegen der Zahlung der Schuld an den Prinzipal G.s wenden würde. Iwar hätte das den Meister nicht zu seinem Gelde gebracht, aber das Ansehen G.s wäre doch um einige Schatten verdunkelt worden. Das durfte nicht geschehen. Einen Ausweg fand G. einfach dadurch, daß er am 31. August einen Wertbrief mit sechs Wechseln im Werte von 1932,40 M. und 86,83

Mark in Papiergele und Marken unterschlug. Mit leichter Summe beglich er die Forderung seines Schneiders und bestreite sich, daß das Loch in der Cheftasse wieder zuzumachen. Zu diesem Zwecke unterschlug er am 14. September einen zweiten Wertbrief mit zwei Wechseln im Werte von 230,40 und 57,75 M. in Papiergele. Da jedoch das Papiergele nicht reichte, diskontierte G. drei Wechsel im Werte von 1129 M. und am 6. November kassierte er persönlich in Stettin einen Wechsel über 200 M. ein. Am 5. November ging G. aus dem Gefängnis fort, weil er angeblich anderweitig Stellung gefunden hatte. Kurz darauf wurden Ermittlungen nach dem Verbleib eines Wechsels angestellt und G. zog es deshalb vor, mit dem noch vorhandenen Gelde eine Spaziertour durch Norddeutschland zu machen. Als die Monate verbraucht waren, stellte er sich am 23. November selbst in Leipzig der Staatsanwaltschaft. Drei Wechsel wurden noch bei ihm vorgefunden. Unter Anrechnung von sechs Wochen der Untersuchungshaft wurde Göpfer zu einem Jahre Gefängnis verurteilt.

Leipzig, 14. Januar.

Widerufs eines Vertrages. Der fünfzehnjährige Dienstjunge Karl Alvin Zimmermann wurde beschuldigt, am 20. September in Groß-Döllitz eine alte Scheune seines Dienstherren, des Entscheiders B., vorläufig in Brand gesetzt zu haben, so daß die Scheune mit Entvorräten niedergebrannte und ein Schaden von ca. 5500 M. entstand. Nach seiner Verhaftung bestritt G. die That, ebenso bei seiner Vernehmung vor dem Amtsgericht in Zwönitz. In Leipzig räumte er ein, daß er die Scheune aus Angst angezündet habe, weil B. ihn nicht zum 1. Oktober aus dem Dienst entließ. Er war, wie beim ländlichen Gesinde meist üblich, auf ein Jahr vermietet worden und war seine Dienstzeit erst Ende 1900 um. Zum Oktober wollte er den Dienst verlassen, um als Schweizer zu gehen. In der Verhandlung vor der dritten Strafkammer widerrief er dieses Geständnis und erklärte, er habe das nur gesagt, weil er nicht eine lange dauernde Strafe bekommen wollte. Um ihn der That zu überführen, waren eine Reihe Zeugen aufgeboten worden. G. erfreut sich nach den Aussagen des Gemeindevorstandes, seines früheren Lehrers und des Pastors des besten Leumunds; er wurde als ein stiller Bursche bezeichnet. Der Lehrer hat nicht Veranlassung gehabt, ihn zu strafen. Anders schildert ihn der geschädigte B., der erklärte, daß G. in der letzten Zeit sehr gewesen sei. Er bestätigte auch, daß G. die Verlangen gestellt habe, früher aus dem Dienste entlassen zu werden, was er aber abgelehnt habe. Das Geständnis hat G. nicht aus sich selbst heraus, sondern auf Bureden und eingehende Fragestellung seitens des Staatsanwalts Justizrat Weißner abgelegt. Gegen G. sprach, daß er geradezu Zeit vor dem Brand unter dem Dache der niedrigen Scheune angelegt worden. Zu einer Magd hat er sich geäußert, dem B. einen Schur spielen zu wollen; erst habe er den Obstbäumen Schaden zufügen wollen, doch sei es ihm nicht genügend gewesen, er wollte noch was Schwereres thun. Die andere Magd hat er mit der Mistgabel bedroht. Wie phantastisch die Dorfbewohner gewesen sind, geht aus folgendem hervor: Die allgemeine Meinung wandte sich gegen G. auch deshalb, weil nach dem Brand bei G. ein Schlagessen gefunden worden ist. Man war der Ansicht, daß G. unter dem Einfluß einer anarchistischen Gesellschaft gestanden habe und nun thäglich vorgegangen sei. Der Zweck des Schlagessens bei G. ist aber ein viel harmloser gewesen. Weil die Schweizer öfters noch spät abends auswärts sind, haben sie zu ihrem persönlichen Schutz in der Regel ein Schlagessen als Waffe bei sich. Da nun G. Schweizer werden wollte, so hatte er sich auch ein Schlagessen beschafft. Das Gericht kam zu der Überzeugung, daß G. der Brandstifter gewesen ist und verurteilte ihn zu neun Monaten Gefängnis. Sechs Wochen der Untersuchungshaft wurden auf die Strafe angerechnet.

## Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 15. Januar.

Die Leipziger Sozialdemokratie in Theorie und Praxis lautet das Thema, über das Herr L. Neuhäuser morgen Mittwoch um 1/8 Uhr abends im Albertgarten, Leipzig-Änger, in öffentlicher Volksversammlung sprechen soll.

Der Einberufer der Versammlung ist Herr Konrad Eichler, der Mitarbeiter des Herrn Neuhäuser im Correspondent. Er appelliert an das „Volk“ mit folgender Einladung: „Alle Stände der Leipziger Einwohnerschaft werden zu dieser Versammlung mit dem Ersuchen pünktlich erscheinen eingeladen.“

Vor allen anderen werden wohl die Arbeiter sich pünktlich erscheinen bekleidigen.

Sie werden selbstverständlich am Platz sein wie immer und überall, wo es gilt, die Partei vor gegnerischen Angriffen zu schützen. Die Versammlung beginnt schon um 1/8 Uhr.

Mundschau über die Lage des Arbeitsmarktes. Kein Monat des Jahres zeigt ein so unruhiges Bild des Arbeitsmarktes wie der Dezember. Der Beginn der winterlichen Arbeitslosigkeit, dem gegenüber das Weihnachtsgeschäft und endlich wiederum das plötzliche Aufhören des selben verursachen ein beständiges Hin- und Herwogen. In diesem Monat kann unter Umständen die Zahl der beschäftigten Arbeiter nach den Krankenkassen ein verhältnismäßig günstiges Bild geben, während die Eingestellten gleichwohl schon dazu beitragen, die Zahl der Arbeitssuchenden zu vermehren. An den deutschen Arbeitsnachweisen, soweit sie an der Berichterstattung des Arbeitsmarktes angeschlossen sind, kann diesmal im Durchschnitt des Monats auf 100 offene Stellen 161,9 Arbeitsuchende (gegen 124,2 im Vorjahr). Dass in den Krankenkassen die Verminderung der Mitgliederbestände nur 4,2 Prozent betrug (gegen 5,5), kann aus den obenerwähnten Gründen das Urteil nicht erheblich ändern. Aus den rheinisch-westfälischen und oberpfälzischen Bergbaubezirken werden fortgesetzt neue Arbeitserlassungen bekannt. Aus den elbäffischen Tuchbezirken, aus der Textilindustrie in Vielesfeld, M.-Gladbach n. a. O. werden Verschlechterungen der Marktlage gemeldet; in Bischweiler i. G. stehen in einer Fabrik von 150 Webstühlen nur noch etwa 20 im Betrieb.

Mügen über die ungünstige Lage des Arbeitsmarktes im Handwerk kommen aus Baden; selbst in kleinen Städten, wie Schopfheim, wird der Rückgang der Nachfrage nach Arbeitskräften aus Handwerkerkreisen bereits deutlich empfunden. In Düsseldorf und Nürnberg wird ein zunehmender Andrang von Arbeitslosen aller Branchen konstatiert. Wenngleich aus dem Neuen günstiger Nachrichten noch nicht ohne weiteres geschlossen werden kann, daß keine vorhanden sind (über Gunst der Lage wird immer weniger gesprochen als über Ungunst), so kann doch nach dem Urteil der genannten Zeitschrift an dem fortgesetzten Ernst in der Lage des Arbeitsmarktes und an der Bedenklöslichkeit der Aussichten für die nächste Zukunft nicht wohl gegnebelt werden.

Zu den Kreisen des Leipziger Armenwesens wird gegenwärtig die Zulassung von Frauen als Armenpflegerinnen erörtert. In erster Linie sollen hierbei die Ehefrauen der Armenpfleger in Betracht kommen, die schon jetzt häufig an den Arbeiten ihres Mannes als Armenpfleger thätigen Anteil nehmen.

Für viele Handwerker ist eine kaiserliche Verordnung von Wichtigkeit, die am 1. Januar d. J. in Kraft getreten ist. Die Verordnung datiert vom 9. Juli 1900, schreibt auch allen denjenigen Handwerkern, die in ihrer Werkstatt mit Elementarkraft (Gasmotor, Dampf, Elektroföhl) arbeiten, die Befolgung der für Fabriken gültigen Arbeitsschutzbestimmungen ganz oder teilweise vor, d. h. im Punkt der Schnüppflicht gegenüber den Arbeitern und jugendlichen Arbeitern sind nunmehr die Handwerker mit Motorbetrieb den Fabrikbesitzern gleichgestellt. Ihre Werkstätten sind hiernach ähnlich auch in ähnlicher Weise, wie die Fabriken zu revidieren. In den Motorwerkstätten ist auch ein Auszug aus den neuen Arbeitsschutzbestimmungen anzuhängen. Er ist im 19. Stück des Sachsischen Gesetz- und Verordnungsblattes von 1900 vom sächsischen Ministerium des Innern entworfen worden, giebt alles Wesentliche der Verordnung wieder und ist in den Buchhandlungen von Serig, Neumarkt 7 b, und Rossberg, Universitätsstraße 15, sämtlich zu haben.

Durch ministerielle Verordnung ist bekanntlich den Aerzten die Pflicht auferlegt worden, in jedem Falle, wo ein von ihnen behandelter, an vorgeschrittenen Lungen- oder Kehlkopfschwindsucht Erkrankter aus seiner Wohnung verzicht oder in Rücksicht auf seine Wohnungsverhältnisse seine Umgebung hochgradig gefährdet, der Ortspolizeibehörde schriftlich Anzeige zu erstatten. Die gleiche Pflicht trifft den Arzt, wenn er in Privatkraulanzanstalten, in Waisen-, Armen- und Siechenhäusern, sowie in Gast- und Logierhäusern, Herbergen, Schlafstätten, Internaten und Pensionaten bei vorlommendem Erkrankungsfalle an Lungen- oder Kehlkopfschwindsucht zugezogen wird. Eine Nichtbeachtung dieser Vorschriften würde Strafe noch sich ziehen können. Für Leipzig ist die vorgeschriebene Anzeige an die städtische Desinfektionsanstalt, Jakobstraße, zu richten, die mit Anweisung zur Bevorzugung des weiter Erforderlichen versehen worden ist. Bei der Anzeige-Erstellung sind Formulare zu benutzen, die den Aerzten zugänglich bezw. an der Amtsstelle des Stadtbezirksamtes unentgeltlich zur Verfügung stehen werden.

Im Fundbüro des Polizeiamts sind in dem vergangenen Jahre 2829 Gegenstände als gefunden angemeldet worden. Von diesen Gegenständen konnten 1123 den Eigentümern wieder zurückgegeben werden. Es befanden sich unter diesen Fundgegenständen in 569 Fällen 27306 Mark bares Geld und 31 Sparkassenbillets. In 535 Fällen wurden 1204 Mark Kinderlohn ausbezahlt. Am Verlustanmeldungen sind 425 eingetragen worden.

Bei der politischen Abteilung des hiesigen Polizeiamts, der die Überwachung und Kontrolle der Vereine, der Versammlungen und des Pressewesens obliegt, sind in dem verflossenen Jahre 151 neue Vereine, darunter 58 solche, die sich mit öffentlichen Angelegenheiten befassen und daher den Bestimmungen in § 19 ff. des Vereinsgesetzes unterstellt sind, zur Anmeldung gekommen. Am Schlusse des Jahres 1900 waren von den im Vereinsregister des Polizeiamts eingetragenen Vereinen 323 den § 19 ff. des Vereinsgesetzes unterstellt. Polizeiliche Verbote oder Auflösungen von Vereinen fanden im vergangenen Jahre nicht statt. Polizeilich überwacht wurden im ganzen 766 Versammlungen und zwar 50 Bierpins- und 716 öffentliche Versammlungen. Doch war die Zahl der zur Anmeldung gekommenen Versammlungen eine weit höhere. Polizeilich verboten wurden keine, aufgelöst vier Versammlungen. Die Zahl der von der politischen Abteilung kontrollierten hier erscheinenden Zeitungen und sonstigen periodischen Druckschriften, von denen Pflichtexemplare einzureichen sind, belief sich am Schlusse des vergangenen Jahres auf 210. Der Zugang an neuen Zeitungen betrug 18, der Abgang 6.

**Von der Elektrischen totgefahren.** Gestern nachmittag in der vierten Stunde ist auf dem Schlesischen Wege in L.-Kleinjäschow das am 9. Mai 1897 in Schönefeld geborene Töchterchen des L.-Kleinjäschow'schen, Alberstraße 28, wohnenden Produttenhändlers Möbes, Marie Emma Katharina, von einem Straßenbahnwagen übersfahren und sofort getötet worden. Den Führer des Motorwagens trifft kein Verhältnis. Das Kind hat von der Eisbahn an der Antonienstraße mit seiner im achtten Lebensjahr stehenden Schwester dem mit Geschirr aus der Stadt zurückkehrenden Vater entgegenlaufen, ist dann aber plötzlich wieder umgedreht und vor den Augen des Vaters gerade in den herannahenden Motorwagen hineingelaufen. Die kleine Leiche wurde polizeilich aufgehoben und in die Wohnung der unglücklichen Eltern getragen.

**Ein Kindesleichnam aufgefunden.** Zur Scheibenholze an der neu angelegten Straße in der Nähe der Neunkirche ist gestern nachmittag in der dritten Stunde der Leichnam eines neugeborenen Kindes aufgefunden worden. Der Leichnam wurde durch die Kriminalpolizei aufgehoben.

**Von sogenannten Bauernjägern** ist einem Stallschweizer, der ihnen auf der Durchreise hier in die Hände fiel, im Räummelblättchenspiel die ganze Barthaft von 40 M. abgenommen worden. Die beiden unbekannten Gauner werden wie folgt beschrieben: der erste: etwa 30 Jahre alt, von großer, kräftiger Gestalt, mit blondem Schurzbarde und bekleidet mit dunkelbraunem Anzug und gleichfarbigem Ueberzieher; der zweite: 35 Jahre alt, von großer, schmächtiger Gestalt, mit starkem, rotem Schurzbarde und mit hellgrauem Anzuge bekleidet.

**Polizeibericht.** In der Gemeindeamtstraße in Lindenau wurde gestern abend ein 32 Jahre alter Handarbeiter aus Müden von heftigen Krämpfen befallen. Der Erkrankte wurde nach der nächsten Polizeiwache und, da er sich nicht erholt, in das Platzwiger Krankenhaus gebracht.

Ein Wasserrohrbruch trat vergangene Nacht gegen 12 Uhr vor dem Grundstücke Altenstraße 24 ein. Die Leitung wurde alsbald vom Wasserwerke abgesetzt.

Am Nachtschlaf wurde gestern in der Mittagsstunde eine Frauenversion von einem Radfahrer umgerissen. Der Name des Radfahrers ist festgestellt worden. Die Frau soll keine Verleihungen erlitten haben.

Hier festgenommen und an die verfolgende Behörde abgeliefert wurde ein von der Staatsanwaltschaft Halle a. S. wegen Verleitung zum Meineide gesuchter 52 Jahre alter Schlosser aus Erfurt.

Aus der Hansslur eines Grundstückes der Kurprinzenstraße ist am 12. d. M. S. No. 590 eine gezeichnete Kiste mit Tafelschokolade, in Pappkartons verpackt, mit der Bezeichnung Theodor Hildebrandt und Sohn, Berlin, gestohlen worden. Der Wert der Schokolade beträgt 60 Mark.

In einem Bäckereiladen in der Karl Heine-Straße in Lindenau wurde gestern ein 23 Jahre alter Bäcker aus Lindenau, der sich in den Laden eingeschlichen hatte, dabei abgesetzt, als er die Ladentasse mit 44 Mark entwendete. Dem Diebe fällt überdies noch zur Last, klärlich aus einem Grundstücke der Konstantinstraße in Reudnitz einen Koffer mit Sachen und in der Hospitalstraße einen Überlebener gestohlen zu haben.

Aus einem Grundstücke der Reudnitzer Straße ist gestern nachmittag ein zweirädriger Handwagen mit Breiteraufbau, auf dem sich ein größerer Posten Blechdosen mit Fischwaren befand, gestohlen worden.

## Gemeinde-Zeitung.

Die nächste öffentliche Sitzung der Stadtverordneten findet Mittwoch den 16. Januar 1901 abends 6½ Uhr im Sitzungssaale am Naschmarkt statt.

Nach einigen kleineren Vorlagen kommt der Haushaltssatzung für 1901 zur Beratung.

Im Stadtverordnetenbureau, Katharinenstraße Nr. 1, II., werden Druckexemplare der über die Verhandlungen in den öffentlichen Plenariersitzungen der Stadtverordneten aufgenommenen Stenogramme, soweit der Vorrat reicht, auf Verlangen unentgeltlich verabfolgt.

## Mitteilungen aus dem Publikum.

In dem Bericht: Der Protest der Leipziger Holzarbeiter auf die Artikel in der Holzarbeiterzeitung betreffend den Konflikt in der Leipziger Volkszeitung, sind meine Aussführungen so wiedergegeben, daß der Leser annehmen muß, daß ich mit den Verbandsbuchdruckern sympathisierte. Ich habe einzelne Abschnitte aus dem Korrespondenten, Organ der Verbandsbuchdrucker, deshalb zur Verleihung gebracht, um den Kollegen die Kampfweise des Korrespondenten gegen die Partei vor Augen zu führen, so daß man sich nicht zu wundern braucht, welche Stellung die Verbandsbuchdrucker zu den organisierten Arbeitern, welche auf dem Boden des Klassenkampfes stehen, einnehmen. Unter anderem verfasste ich einen Abschnitt aus dem Artikel: Buchdruckerband und Sozialdemokratie (Nr. 68 vom 16. Juni 1900), wo sich folgender Satz würdig befindet: „Und die Gründer unserer Organisation waren glücklicherweise keine Sozialdemokraten, für die Gewerkschaftsbewegung betrachteten wir die Sozialdemokratie nicht als förderlich und je draftsförder der Genossen in der Gewerkschaftsbewegung hervortritt, desto schädlicher ist es für die betreffende Organisation.“ Den Schriftschriften kann es doch nicht entgangen sein, daß ich die Abschnitte mit kurzen Worten kritisierte (die Zeit vor sehr weit vorgebrachten), meine gegenteilige Auffassung zur Geltung brachte und zum Schlusse die Kollegen aufforderte, reger wie bisher für die Volkszeitung zu agieren. Kollege Gerthke, andere Kollegen und Genossen, die mich näher kennen, wissen, so lange ich in der Arbeiterbewegung stehe, habe ich stets den Grundsatz vertreten, daß es Pflicht eines jeden Arbeiters ist, sich politisch und gewerkschaftlich zu organisieren. Welcher Partei er sich anzuschließen hat, ist wohl nicht nötig zu erörtern.

## Von Wahl und Fern.

### Brand.

Hamburg, 15. Januar. In der Elbstraße war gestern abermals Großfeuer in dem Mietbienengel von Schid. Der Besitzer wurde durch fallende Balken niedergeworfen und verbrannte, vier Frauen und ein Kind konnten nur mit Mühe gerettet werden. Die Ursache des Brandes war die Explosion einer Lampe.

### Schiffbruch.

La Chiappa (Korjila), 14. Januar. Der italienische Dampfer Leone ist unweit der korsischen Küste zu Grunde gegangen. An der Küste werden viele Leichen gefunden. Von der Besatzung sind vier Mann ertrunken; vier Männer wurden gerettet. Neben das Schiffsal der übrigen ist man in Ungewißheit.

### Panik.

Chicago, 14. Januar. Durch falschen Feuerlärm im jüdischen Theater und in einer Turnhalle entstand gestern eine Panik. Die Zuschauer, etwa 800 Personen, drängten dem Ausgänge zu; 3 Frauen, 3 Mädchen und 1 Knabe wurden getötet, 22 Personen verwundet.

### Die Pest.

Bukarest, 13. Januar. Der Sanitätsrat setzte endgültig eine zehntägige Quarantäne für Provenienzen aus Konstantinopel und Smyrna sowie für alle anderen etwa von der Pest infizierten Ortschaften in Sardinien fest. Wie die Eisenbahn-Direktion mittelt, verfehren der Osten-Express und der Orient-Expresszug nur bis Bukarest, da sowohl der Verkehr auf der Eisenbahnstrecke Bukarest-Constanza als auch der Verkehr der Rumänischen Schiffahrtsgesellschaft auf der Linie Constanza-Konstantinopel eingestellt ist.

Konstantinopel, 13. Januar. An Bord des aus Alexandrien nach Beyrut zurückgekehrten französischen Schiffes Senegal ist ein pestbedächtiger Erkrankungsfall festgestellt worden. Die Herkunft aus Alexandrien und Port Said sind einer ärztlichen Untersuchung unterworfen, das Gespräch der Reisenden und der Schiffsbefähigung ist desinfiziert worden.

## Auskunft in Rechtsfragen.

**R. S. 23.** 1. Ja, wenn Sie Südböhmer sind. 2. Das Aufheben verliert seine Kraft, wenn seit dessen Vollziehung sechs Monate verstrichen sind, ohne daß die Che geschlossen wurde. 3. Für Sie nicht, wohl aber für den Vater, wenn er Ihnen so Gelegenheit zum intimen Verkehr giebt.

**D. J. Z.** Es scheint sich in Ihrem Hause um eine Landgemeinde zu handeln. 1. Ja. 2. Ja. 3. Die Gemeinde kann von der Erhebung des Schulgutes bei der Fortbildungsschule absehen. 4. Muß bezahlt werden, sonst erfolgt Zwangs vollstreichen.

**Streitkiste 24.** Nein. Es kann aber von dieser Bestimmung Befreiung durch die Regierung des Bundesstaates ertheilt werden, denn der geschilderte Ehemann angehört. Auf den früheren Ehegatten kommt nichts an.

**R. M., Kleinstadt.** Unter Umständen kann darin eine Bekleidung gefunden werden, auf die Bestrafung erfolgt. Ob eine solche Bekleidung in Ihrem Hause vorliegt, hätte aber das Gericht zu entscheiden.

## Briefhaften der Redaktion.

**R. M., Kleinjäschow.** Ihre Frage unscharf. Kommen Sie in unsere Sprechstunde, abends von 6—7 Uhr.

## Theatervorstellungen.

### Neues Theater.

Mittwoch den 16. Januar: 14. Abonn.-Vorstellung (2. Serie, rot).

**Johannissene.**

Schauspiel in 4 Akten von Hermann Sudermann.

Regie: Ober-Regisseur Adler.

Bogreuter, Gutsbesitzer

Dr. Borchert

Seine Frau

Fr. Welzel

Tochter

Fr. Bohnsack

Georg v. Hartwig, Baumeister

Fr. Heisel

Bogreuter's Nichte

Fr. Nocco

Die Websaline

Fr. Kutschmann

Hofste, Hilfsprediger

Fr. Duth

Biby, Inspektor

Fr. Heinrich

Die Mantell

Fr. Grächen

Eine Dienstmagd

Fr. Horl

Zeit der Handlung: Ende der achtzig Jahre. Ort der Handlung:

Das in Breithaus-Bitterau gelegene Gut Bogreuter.

Einsatz 1½ Uhr. Anfang 7 Uhr. Ende nach 10 Uhr. **Chans.-Preise.**

**Vill.-Verlauf** an der Tageskasse von 10—8 Uhr. **Villes.** Vorverkauf für den nächsten Tag von 1—8 Uhr. **Chans.-Preise.**

**Villes.** Vorverkauf für den nächsten Tag von 10—8 Uhr. **Chans.-Preise.**

**Spieldaten:** Mittwoch: Zum erstenmal: König Drosselbart.

Vorher: Eisenschloß. Anfang 7 Uhr. — Donnerstag: Wilhelm Tell.

Anfang 7 Uhr. — Freitag: Die verunkl. Göde. Anfang 7 Uhr. — Sonnabend: König Drosselbart. Vorher: Eisenschloß. Anfang 7 Uhr.

### Altes Theater.

Mittwoch den 16. Januar:

### Die Landsreicher.

Operette in 2 Akten und einem Vorspiel von L. Krenn u. C. Lindau.

Musik von C. M. Zehner.

Regie: Regisseur Unger.

Direction: Kapellmeister Meyer.

Fürst Adolfo Gilia

Fr. Kernreuter

Mück von Nobenstein, Lieutenant

Fr. Linda

Rudi von Muggenhain, Lieutenant

Fr. Braun

Wiml

Fr. Wolff

Fifi

Fr. Kneip

Lori

Fr. Rembe

Unnie